

Bezugspreis:

Für den Monat September 200.— M. voraus zahlbar. Unter Jahresband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Rumänien 248.— M. für das übrige Ausland 262.— M. für Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Ostpreußen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“ und der Beilage „Siedlung und Kleinrenten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Komparativzeile kostet 40.— M. Reklamazeile 180.— M. „Kleinanzeigen“ das letzte bedruckte Wort 12.— M. (zweifach zwei letzte bedruckte Worte) jedes weitere Wort 10.— M. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 7.— M. jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestimmt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Freitag, den 8. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Ausprache im Völkerbund.

Genf, 7. September. (CP.) Die 5. Sitzung der Völkerbundsversammlung wurde um 11.15 Uhr eröffnet. Graf Ishii-Japan nimmt zuerst das Wort. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Völkerbund trotz der Kritiken eine große und gesunde Entwicklung nehmen möchte. Er macht geltend, daß auch die kleineren vom Völkerbund behandelten Fragen eine ernste und große Bedeutung hätten, und verweist auf Oberschlesien und auf die verschiedenen Verwaltungsangelegenheiten des Völkerbundes. Er macht darauf aufmerksam, daß der Völkerbund z. B. durch die Tassade der Anerkennung des Präsidenten Calonder für die ober-schlesischen Verhandlungen ein unzweifelhaftes Friedenswert geleistet habe. Dann ergreift der schweizerische

Bundesrat Motta

das Wort. Er stellt zunächst fest, daß hier keiner dem anderen untergeordnet ist, weder der Rat der Versammlung, noch die Versammlung dem Rat. Der große Krieg sei vorbei, aber der Friede leider immer noch nicht eingetroffen. Seit dem vorigen Jahre habe sich die Lage zugespitzt. „Ist hier der Völkerbund imstande, etwas zu tun?“, so fragt der Redner. Die einen finden, der Völkerbund sei eine Arbeitsmethode, für ihn sei er mehr als eine Methode, nämlich ein Verband aller Völker, durch den die Stimmen der Völker sich wirksam geltend machen könnten. Er sei durchaus einverstanden mit dem Gedanken Lord Robert Cecil's, daß der Völkerbund alles oder nichts sein möchte. Die Friedensverträge seien eine Sache und der Völkerbund sei eine andere Sache. Ich habe mich seit dem Jahre 1918, sagte Motta, immer bemüht, den Unterschied zwischen diesen beiden festzustellen.

Die Reparationsfrage und alle anderen Kriegskonflikte

sollten sämtlich vom Völkerbund geregelt werden. Aber das hat sich leider als unmöglich erwiesen. Der Sturz der Mark mit seinen Ursachen und furchtbaren Folgen ist eine Tragik, die uns alle interessiert, so daß es mir gestattet sei, den Völkerbundesrat ehrsüchtig darum zu bitten, wenigstens einige übergewaltige Schäden nicht vollständig aus dem Auge zu verlieren. Besten habe ich die Darlegungen des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel angehört. Ich bin dem Völkerbundesrat aufrichtig dankbar, daß er sich mit dieser Frage beschäftigt, die eine der wichtigsten und vielleicht eine der gefährlichsten für den Frieden Europas ist. Ich weiß nicht, in welcher Form die Hilfe für Österreich erfolgen könnte, aber sie muß prompt und unmittelbar erfolgen. In dieser Sache habe ich Gott gedankt, daß es einen Völkerbund gibt. Ich habe mich selber zu allen Bemühungen beglückwünscht, die wir bisher unternommen haben, um den Völkerbund zu stärken und zu kräftigen. (Beifall) Die Österreicher können die absolute Sicherheit ihrer inneren und äußeren Ruhe haben, denn es gibt keinen Staat, der die territoriale Integrität Österreichs antasten will. „Ich glaube“, so schloß Motta, „man kann Österreich zuzurufen: Lebt in Frieden, Ihr könnt morgen blühen und glücklich sein.“ (Stürmischer, sich immer erneuernder Beifall. Motta wird zu seiner Rede von vielen Delegierten, besonders von der italienischen Delegation beglückwünscht.) Darauf nimmt Dr.

Frühjoh Nansen-Norwegen

das Wort, um über die Rottage Rußlands zu sprechen. Er hält es für unbedingt notwendig, daß der Völkerbund universell sei, um überhaupt Europa Hilfe bringen zu können. Ein Beweis dafür sind die Konferenzen, die außerhalb des Völkerbundes stattgefunden haben und deren Wirksamkeit wohl genug erwiesen ist. Die heutige Lage eines so zivilisierten Landes wie Österreich ist überraschend und ein Beweis dafür, was ich gesagt habe. Wenn sich nicht alle zusammenschließen, so kann nichts geschehen. Der Zusammenstoß einzelner führt zu nichts. Ich spreche hier nicht nur als Europäer und Weltbürger, sondern auch als Vertreter meines Landes, das die Schwierigkeiten der heutigen Lage selbst miterlebt. Die Industrien liegen danieder und die Arbeitslosigkeit ist in jedem Wachen begriffen. Auch für Rußland ist trotz aller Konferenzen nichts erreicht worden. Eine einmalige Konferenz wird niemals imstande sein, die Arbeitslosigkeit so zu bekämpfen wie eine ständige Konferenz. Das ist eben die Stärke des Völkerbundes und die muß ausgenutzt werden. Mehr als drei Millionen Menschen sind in Rußland des Hungers gestorben.

Das Bild ist furchterlich, und ich will es nicht noch einmal wieder aufrollen. Bei der Besprechung der Mandatsfrage beantragt der Redner, die Versammlung solle diese Frage an die Spezialkommission zur gründlichen Prüfung verweisen. In der Minderheitenfrage stellt Nansen fest, daß insgesamt durch die Minderheitenverträge acht Millionen Menschen ihre Nationalität gewechselt haben. Die Hauptaufgabe des Völkerbundes ist nicht die, die Wunden des Krieges zu heilen, sondern die, zu verhindern, daß keine neuen geschlagen werden. Deshalb bedauert der Redner den verzögerten Zutritt der Abrüstungskommission, zollt aber ihrer Arbeit volle Anerkennung. Wenn diese Kommission keinen Erfolg haben sollte, so wäre das Prinzip des Völkerbundes in großer Gefahr. (Beifall.)

Hierauf kommt Graf Mensdorff zum Wort. Er dankt Lord Cecil für seine gestrige Rede und ganz besonders auch Bundesrat

Motta und Nansen für deren heutige Reden. „Im vorigen Jahr“, so führte der Redner aus, „habe ich gesagt, daß jeder Verzug in der Hilfeleistung für Österreich das Werk nur schwieriger und kostspieliger machen würde. Man hat damals meine Worte mit Beifall aufgenommen, nun aber hoffe ich, daß ihnen ein wirklicher Erfolg beschieden werde. Es wird nicht nur ein philanthropisches Werk sein, das der Völkerbund leistet, sondern er wird damit gezeigt haben, daß er einen aktiven Anteil auf materieller Grundlage daran nimmt. Es wird ein Werk des friedlichen Wiederaufbaues und der Wiederveröhnung der Völker sein.“ (Stürmischer Beifall.)

Ungarns Aufnahmege such.

Die Frage der Aufnahme Ungarns, welches sein vorjähriges Aufnahmege such in diesem Jahre erneuert hat, kam heute zum ersten Male im 6. Ausschuh der Versammlung zur Verhandlung. Gleich in der ersten Sitzung, die von dem Ausschuhpräsidenten London-Holland geleitet wurde, wurde wie im Vorjahre ein Unterausschuh ernannt, in dem diesmal folgende Staaten vertreten sind: Italien (Imperiali), Tschechoslowakei (Benesch), Frankreich (Janotau), England (Fisher), Venezuela (Gill-Fortul), Schweiz (Motta). Der Unterausschuh hat die Aufgabe, genau wie bei der Aufnahme Österreichs, Bulgariens und der anderen Kandidaten des Vorjahres zu untersuchen, ob Ungarn die Bedingungen des Artikels 1 erfüllt, der die Aufnahme eines neuen Staates davon abhängig macht, ob er frei regiert wird und effektive Garantien einer aufrichtigen Absicht zur Beobachtung seiner internationalen Verpflichtungen bietet und ob er, was seine Streitkräfte und Rüstungen an betrifft, die vom Völkerbund errichtete Ordnung annimmt. Der Unterausschuh zur Verhandlung des ungarischen Aufnahmege suches trat heute abend, und zwar unter Ausschuh der Öffentlichkeit und der Presse zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Belgische Vorschläge.

Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern Belgiens über die Garantie für die Schahwechsel haben bisher noch zu keinem konkreten Ergebnis geführt. Am Donnerstagnachmittag fand im Reichsfinanzministerium eine interne Besprechung mit Delacroix und Bemelmans statt, in der die verschiedenartigsten Garantievorschläge erörtert wurden. Der weitgehendste, gewisserrmaßen auch wichtigste Vorschlag, der von den Belgiern ausging, zielt darauf hin, die erforderlichen Garantieleistungen von der deutschen Industrie tragen zu lassen. Es ist jedoch höchst wahrscheinlich, daß dieser Vorschlag, über den die Debatte noch nicht abgeschlossen ist, keine endgültige Annahme findet, sondern eine andere Lösungsmöglichkeit gefunden wird. Selbstverständlich ist es nicht leicht, in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands eine Regelung zu finden, die beide Seiten zufriedenstellt. Sowohl bei den Vertretern der belgischen Regierung, als auch bei den deutschen Unterhändlern herrscht der beste Wille zur Verständigung, so daß augenblicklich die Hoffnung auf eine zufriedenstellende Regelung nicht ganz unberechtigt ist.

Griechenland streckt die Waffen.

Konstantinopel, 7. September. (Havas.) Der hiesige französische, englische und italienische Dragoman erklären der Regierung von Angora, daß Griechenland die Räumung von Kleinasien unter der Bedingung des Abschlusses eines sofortigen Waffenstillstandes annehmen würde. Im Falle der Annahme würden die Parlamentäre in einer neutralen Zone zusammenkommen, um die Bedingungen festzusetzen.

Kritische Lage in Smyrna.

London, 7. September. (W.B.) Reuter meldet aus Smyrna von heute mittag: Die Lage tritt in ein kritisches Stadium ein. Admiral Brook hat verschiedene Kauffahrtschiffe der englischen Flotte zur Verfügung gestellt. Die etwaige Einschiffung wird durch Zerstörer geschützt werden. Die Franzosen und Italiener haben zum Schutze ihrer Untertanen Marine truppen gelandet und ihre männlichen Untertanen zum Dienst in einem Freikorps aufgerufen. Griechische Truppen aus Thrazien und venezianische Offiziere sind eingetroffen, und man hofft, daß insolge dessen dem Vormarsch der türkischen Truppen Widerstand entgegen gesetzt werden wird. Der türkische Vormarsch geht vor sich von Istan. Mustafa Kemal hat einen Tagesbefehl an seine Truppen erlassen, in dem er bekannt gibt, daß jede Belästigung von Christen mit dem Tode bestraft wird.

London, 7. September. (W.B.) Aus Smyrna berichtet Reuter: Die Griechen machen Anstrengungen, um eine Verteidigung zu organisieren. Der griechische Kriegsminister und der neue Generalstabschef sind eingetroffen. Die Städte Cassaba und Magnesia stehen in Flammen. Britische Marine truppen sind gelandet worden und besetzen die Gaswerke und die Gebäude der türkischen Nationalbank.

Dänemarks Militärpolitik.

Dänemark hat in diesem Sommer eine neue Wehrordnung eingeführt, die verschiedene deutsche Zeitungen veranlaßt hat, von einer Militärpolitik Dänemarks zu sprechen, die gegen Deutschland gerichtet sei und in Abhängigkeit von den französischen Wünschen nach einer militärischen Einkreisung Deutschlands stehe. Diese Wehrordnung bringt gegenüber der bisher gültigen von 1909 eine Verringerung des Mannschafbestandes, Ausbildungszeit und der Kosten. So vermindert sich z. B. die Anzahl der Kompagnien und Eskadrons in der Linie um 66, in der Reserve um 8, der Batterien in der Linie um 2, wogegen die Reservebatterien um 27 vermehrt werden. Gegenüber jetzt 11 000 Mann werden künftig jährlich nur 9300 einberufen und von diesen 1500 als Landsturm, der nur zwei Monate ausgebildet wird. Nach der Wehrordnung von 1909 betragen die jährlichen Gesamtausgaben für das laufende Etatsjahr 42,5 Millionen, nach der neuen Heeresordnung nur 31,4 Millionen Kronen. Allerdings kann Dänemark auf diese Weise, da die allgemeine Wehrpflicht im ersten Aufgebot sich über acht Jahre erstreckt, im Mobilmachungsfalle rund 100 000 Mann aufstellen. Die Regierungspartei hat ein Kompromiß mit den Konservativen, die 110 000 Mann Linientruppen und 50 000 Mann Landsturm forderten, eingehen müssen, um diese Wehrordnung gegen eine starke Minderheit der Radikalen und Sozialdemokraten durchzusetzen. Die konservative Presse warf deshalb ihrer Reichstagsfraktion vor, sie hätte mitgeholfen, die dänische Wehrmacht zu vollständiger Ohnmacht zu verdammen; ebenso kritisierte der stellvertretende Generalkstabschef den Plan öffentlich scharf, da er von Politikern ohne Anhörung des Generalstabes aufgestellt worden sei.

Trotz dieser künftigen Verringerung des dänischen Heeres erblicken die deutschen Kritiker eine offensive Absicht darin, daß 3/4 des Heeres ihre Standorte in Jütland erhalten sollen, während bisher die Hauptmasse auf den Inseln Seeland und Fünen lag. Eine offiziöse Auslassung des dänischen Regierungsorgans begründet diese Verteilung mit der einzigen Haupttrübsicht, daß die Truppen in dem Landesteile ausgebildet werden sollen, in dem sie beheimatet sind und mobil gemacht werden können.

Man hat ferner vom Einfluß französischer Militärs auf die neue Wehrordnung gesprochen, weil General Tanant, der Direktor der Kriegsschule von St. Cyr, im Frühjahr dieses Jahres auf Einladung der dänischen Abteilung der Alliance Française Kopenhagen und das neu-gewonnene Gebiet besucht hat.

Tanant hat dort Vorträge über den Weltkrieg vom französischen Standpunkt aus gehalten und ist auch von dänischen Offizieren nach ihrer eigenen Erklärung über seine Stellung zur zweckmäßigsten Art der dänischen Landesverteidigung befragt worden, worauf er seine private Meinung geäußert hat. Daß aber dieser Meinungsaustausch irgendwie Einfluß auf die parlamentarische Entscheidung der Vorlage gehabt hat, ist durch die erwähnte Kritik des Vizechefs des dänischen Generalstabes widerlegt.

Weitere Behauptungen von geplanten Befestigungen an der neuen Grenze, von einem Ausbau des Hafens Esbjerg zur Ermöglichung einer französischen Landung, von der Anlage strategischer Bahnen und Wege im abgetretenen Gebiet, beruhen gleichfalls auf Mißverständnissen oder Uebertreibungen. Die Erdarbeiten, um die es sich handelt, galten nicht Neubefestigungen, sondern vielmehr der Einebnung der alten deutschen Feldbefestigungen im abgetretenen Gebiet. Der Ausbau des Esbjerghafens, bekanntlich des größten dänischen Ausfuhrhafens nach Westen, beschränkte sich auf die Ausbaggerung des versandeten Einlaufs, um Schiffe von dem Tiefgang, für den er bestimmt ist, wieder aufnehmen zu können, und die Wegeausbesserungen galten einer bestimmten Straße auf der Insel Assen, die die neue direkte Verbindung von Kopenhagen über Faaborg und Nummar ins neudänische Gebiet fortsetzt und einen regen Automobilverkehr aufweist.

Man hat sogar den Besuch dänischer Kriegsschiffe in Danzig als einen Versuch dänischer Annäherung an Polen (!) ausgelegt, wobei man nicht nur vergißt, daß Danzig ein Freistaat ist, sondern daß auch Danzig gegen die aufdringliche Beteiligung polnischer Regierungsvertreter an diesem Empfang bei General Hating erfolgreich Einspruch erhoben hat.

Alle diese in vorstehendem berichtigten oder widerlegten Angaben bieten demnach keine ausreichenden Grund, von einer offensiven Militärpolitik Dänemarks gegen Deutschland oder einer Beteiligung an der französischen militärischen Einkreisung zu sprechen. Wenn auch in Frankreich das Bestreben bestehen mag, Dänemark ebenso wie bereits (vergeblich) Finnland in eine solche Einkreisungspolitik hineinzuziehen, und damit den Ring Tschechoslowakei, Polen, Randstaaten auf der einen, Belgien auf der anderen Seite zu schließen, so dürften in Dänemark irgendwelche verantwortlichen Stellen, sei es in der Regierung, sei es im Parlament, kaum auch nur den Gedanken einer solchen Beteiligung erörtern;

einzelne Persönlichkeiten, Militärs und gewisse rechtsradikale Einspänner mögen ihm entgegenkommen.

Es scheint nach alledem nicht nur eine Forderung der Billigkeit, sondern auch des von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes angestrebten guten nachbarlichen Verhältnisses zu Dänemark zu sein, alle diese Dinge, die mit der neuen dänischen Behörde wirklich in Verbindung stehen oder in Verbindung gebracht worden sind, auf das rechte Maß zurückzuführen und damit eine Mißstimmung zu vermeiden, die nicht nur die Beziehungen von Land zu Land zu trüben geeignet ist, sondern vor allem unsere Landleute jenseits der neuen Grenze am härtesten trifft.

Der empfindliche Punkt.

Wilhelm II. Steuerfiskus.

Ein Histrion, das sich in den heutigen Zeiten schwersten Steuerdrucks als Beitrag zur Geschichte des alten Systems besonders hübsch liebt, erzählt der Oberbürgermeister a. D. B. E. Muth in seinen hier schon erwähnten Lebenserinnerungen. Wermuth berichtet nämlich aus der Zeit, in der er Staatssekretär der Reichsfinanzen war, u. a. das folgende:

Einen wirklichen Zorn des Kaisers scheint ich im Jahre 1911 durch das Zuwachsteuerergesetz auf mich gezogen zu haben. Weßhalb gerade ich, darüber gebracht ich mir damals den Kopf. Denn ich hatte es eingebracht kraft früherer zwingender Anordnung der Finanzreformgesetze. Und daß ich es gegen heftigen Ansturm ebenso fest verteidigte, war Ehrensache. Erst spät ist mir der nächstliegende Grund klar geworden. Der Kaiser empfand es, daß bei dieser Gelegenheit die Steuerpflicht der Landesfürsten auch nur zur Sprache kam, und legte das mir zur Last. Obwohl gerade ich durch vorichtiges Verhalten die Streitfrage beiseitegeschoben hatte. Genug, ich bekam aus Hofkreisen sehr mißbilligende Äußerungen über das ganze Gesetz zu hören, und als wenige Tage nach dessen Verkündung der Kaiser mich auf der Straße traf, ließ er mich ohne Begrüßung stehen.

Es klingt wie ein Märchen aus alter Zeit, daß ein Mann, der über ein jährliches Einkommen von einigen Dutzend Millionen Goldmark verfügte, es als sein selbstverständliches Recht betrachtete, keine Steuern zu bezahlen und daß er seinen Zorn über die bloße Anweisung dieses Rechts an dem hieran gänzlich unschuldigen Finanzminister ausließ.

Jetzt ist es Aufgabe der Finanzämter, die ehemaligen Landesfürsten zu guten Steuerzahlern zu erziehen, und das scheint keine leichte Aufgabe zu sein, wenn man die hochgradige Abneigung des ehemaligen Kaisers gegen solche kränkelnde Zumutungen in Betracht zieht.

Preußen und Bayern.

Die preussische Regierung hat vor wenigen Tagen an den Reichstanzler eine Beschwerde gerichtet und darüber Klage geführt, daß wichtige Verhandlungen, in denen es sich um die Wahrung einzelstaatlicher Rechte handelte, nur mit einem einzelnen Staat, und zwar Bayern, geführt wurden. Die Beschwerde ist in höflicher und äußerst verbindlicher Form gehalten und betont, daß das preussische Kabinett nicht daran denke, der Reichsregierung irgendwelche Schwierigkeiten zu machen, daß es andererseits aber nicht dulden könne, zu einem Bundesstaat zweiten Ranges herabgewürdigt zu werden.

In diesem Zusammenhang ist auch folgende Meldung von Interesse: Die bayerische Regierung hat bekanntlich vor einigen Wochen die preussische Regierung auf den Vorwurf des „Landesverrats“ in der „Roten Fahne“ aufmerksam gemacht. Die preussische Regierung hatte daraufhin die „Rote Fahne“ verboten, aber zugleich in einem Schreiben die bayerische Regierung auf wüste Beschimpfungen der Reichsregierung und der preussischen Regierung in der bayerischen Presse hingewiesen. Darauf ist, wie die B.P.Z. hören, vor einigen Tagen eine nicht eben freundliche Antwort der bayerischen Regierung eingetroffen.

Künstliche Schaffung organischen Lebens.

Beseht den Fall, daß sich ein Forscher wirklich im Besitz des gesamten Rüstzeugs aller Wissenschaften befände, gefehlt auch den Fall, daß das Leben als Erzeugnis des Spiels bekannter chemisch-physiologischer Kräfte tatsächlich denkbar wäre, — welches sind seine Chancen, falls er sein Wissen in den Dienst dieser Sache stellt und versucht, wenigstens ein Tröpfchen Amöbenscheim im Laboratorium anzufertigen? Diese Frage beantwortet Dr. Adolf Koelsch in der Zeitschrift „Natur und Technik“.

Vorläufig ist die einzige Substanz, mit der die Erscheinungen des Lebens verbunden sind, noch immer das Protoplasma. Es liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß seine Herstellung nicht eines Tages gelingen sollte. Größter Optimismus ist in diesem Punkt angebracht. Man kennt schon ziemlich genau die Stoffe, die am Aufbau des Protoplasmas beteiligt sind, man kennt die Elemente, die diese Stoffe zusammensetzen, und man wird später einmal die Konstitutionsformel von Protoplasma mit der gleichen Sicherheit an die Tafel schreiben, wie die Formel für Wasser. Man wird auch das gegenseitige Mengenverhältnis der Eiweißkörper, Fettsäuren, Fermente, Eisen-, Kalzium- und sonstigen Salze, die im Protoplasma vorhanden sind, sowie die Anzahl der beteiligten Wassermoleküle mit einer Genauigkeit feststellen können, die nicht mehr den Bruchteil eines Fehlers gegenüber der Wirklichkeit mitschleppt. Obgleich wir hier von, wie bemerkt werden darf, noch weit entfernt sind, wird alles dieses erreichbar sein und auch kommen.

Wenn damit wird die Schlichte noch entfernt nicht gewonnen sein. Denn Protoplasma und Leben sind nicht identisch. Bismehr gibt es Protoplasma, das lebt, und solches, das ausgelebt hat, weil es entweder von selber gestorben ist oder durch einen äußeren Eingriff getötet wurde. Gerade an solchem abgetöteten Protoplasma sind aber sämtliche Untersuchungen angefallen, auf die der Chemiker sich bei seinen Ausagen über die Beschaffenheit der Zellsubstanz stützt und die ihm die Grundlage für seine Berechnungen über die Verteilungsweise der vorhandenen Grundstoffe geben. Mit totem Protoplasma wird er auch in aller Zukunft arbeiten müssen, weil man der Bestandteile niemals habhaft wird, ohne das Ganze vorher zertrümmert zu haben. Und auf diese Bestandteile allein, das Geheimnis ihrer Zusammensetzung, kommt es dem Chemiker an. . . . Wenn alle chemische Arbeit bis zum Ende gediehen sein wird, werden wir daher noch lange keine Ausage haben über eine Zellsubstanz, die lebt, sondern über eine, die tot ist. Wir werden infolgedessen auch bei der Bewertung des erlangten chemischen Wissens höchstens totes Protoplasma herstellen können.

Was fehlt also noch, damit es zu einer Identität zwischen Protoplasma und Leben komme? — Nun, dünkt mich, eben das Leben fehlt! Was heißt das aber, das Leben? Geben wir wieder von der Erfahrung aus, so heißt das, daß zu Protoplasma Stoff, den wir

Es würde interessieren, den Wortlaut dieser „nicht eben freundlichen Antwort“ zu erfahren. Jedenfalls zeigt sich jetzt, daß an dieser Stelle mit Recht beim Verbot der „Roten Fahne“ gefragt wurde, ob denn Bayern die Gegenseitigkeit solchen Entgegenkommens verbürge. Das jetzige Verhalten der bayerischen Regierung zeigt, daß von Gegenseitigkeit keine Rede sein kann, und die preussische Regierung sollte daraus alle, aber auch alle Konsequenzen ziehen.

Neue Warnung an die Reichsbolschewisten.

München, 7. September. (W.Z.) Unter der Überschrift „Besinnung“ bringt die „Bayerische Staatszeitung“ an der Spitze ihrer heutigen Ausgabe einen Artikel, in dem es u. a. heißt: Von neuem laufen Gerüchte um, daß demnächst der Versuch gemacht werden soll, die Umgestaltung der gegenwärtigen Regierung auf einem Wege, der dem Gesetze und der Verfassung zuwiderläuft, vorzunehmen. Das Blatt sagt weiter: Nur politische Unfähigkeit vermag zu glauben, daß durch einen Wechsel der leitenden Stellen der Regierung oder wohl gar der Regierungsform, die Verhältnisse geändert oder gar gemildert werden können. Der Artikel schließt: Wir wollen gar nicht daran zweifeln, daß es nur vaterländische Erwägungen sind, die jene Areise, die mit dem Gedanken einer Diktatur spielen, zu ihren Absichten veranlassen. Aber dem Vaterlande dient in seiner gegenwärtigen verzweifelt Lage nur der, der auf dem gesetzlichen Wege bleibt und dahin wirkt, daß dieser Weg auch von anderen bestritten wird. Wer an der Gefundung des Staates mitarbeiten will, hat dazu Gelegenheit genug, dazu bedarf es keines Putschs, keiner Diktatur, dazu bedarf es nur der Besinnung. Und zu dieser Besinnung wie auf im Interesse unseres bayerischen Landes und des ganzen Reiches.

Der Kampf gegen die Teuerung.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages legte am Donnerstag die Beratungen über die gegen die allgemeine Teuerung zu ergreifenden wirtschaftlichen Maßnahmen fort. Der Zentrumsabg. Schlaack erinnerte daran, daß vor dem Kriege viele Jahre hindurch die Verbraucherschaft pro Jahr

300 Goldmillionen für das verbrauchte Getreide mehr zahlen mußte, als sie zu zahlen gehabt hätte, wenn das ausländische Getreide ohne Schutz Zoll nach Deutschland hereingekommen wäre. Es sei deshalb geradezu eine Ehrenpflicht der deutschen Landwirtschaft, jetzt ihrerseits nach Kräften an der Vinderung der Ernährungskosten des deutschen Volkes mitzuwirken. Der Volksparteiabg. Hugo Postmillerie gegen die Preiswucherordnung, die in ihrer jetzigen Fassung für den Handel untragbar sei. Hugo Postmillerie forderte dann u. a. noch die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses. Der demokratische Abg. Reinath empfiehlt, die Herausgabe von kurzfristigen Goldschahwechslern als Golddeckung für den inländischen Verkehr zu erwägen.

Abg. Dr. Herz (U. Soz.) bestritt, daß eine Senkung der Arbeitsleistung die Folge des Achtstundentages sei und verwies darauf, daß, wenn überhaupt eine Senkung der Arbeitsleistung eingetreten sei, die Ursache in dem Sinken des Reallohnes und damit der Widerstand der Arbeitstrakt zu suchen sei. Auch sei es irrtümlich, die Entwertung der Mark nur im Zusammenhang mit den Reparationszahlungen zu bringen. Der Tiefstand der Mark werde vielmehr herbeigeführt aus dem Mißtrauen gegen die Mark. Sie sei im Großhandel kein Zahlungsmittel mehr, sondern nur noch ein Zahlungsmittel im Kleinhandel. Bezüglich der Zeitungsnot schlug Herz die Herbeischaffung der Holzrohstoffe für die Herstellung des Druckpapiers auf dem Wege einer Umlage vor.

In der Nachmittags Sitzung wandte sich Genosse Rörten scharf gegen die Massenüberfütterung Deutschlands durch Ausländer, die dem deutschen Arbeiter das Brot vom Munde wegessen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt bedauerte, daß er aus der ganzen Diskussion positive, praktische Vorschläge nicht entnehmen könnte. Geistreiche theoretische Erwägungen nützen ihm nichts, wenn sie das Stadium der praktischen Reife nicht erreicht hätten. Die ungünstige Handelsbilanz müsse vom Reichswirtschaftsministerium zum Besseren beeinflusst werden, selbst wenn gewisse Interessentengruppen einen behördlichen Eingriff unangenehm empfinden. Auch die Presse müsse unbedingt gerettet werden

und das zur Herstellung des Druckpapiers notwendige Holz mit aller Energie ersetzt werden. Bezüglich der Aufgabe des Bankgeheimnisses äußerte der Minister große Bedenken.

In der folgenden Abstimmung wurde ein Antrag von Reichsminister angenommen, der die Reichsregierung ermächtigt, wenigstens auf ein Bierzehnjähr die Verwendung von Inlandszucker zur Herstellung von Zuckergebäck und Käsewaren zu erlassen. Angenommen wurde ferner ein Antrag des Abg. Dr. Herz (U. Soz.), der gegen die Noilage der Preise folgende Maßnahmen fordert: Festlegung von Höchstpreisen für Holz, Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier. Zusammenfassung der Erzeuger von Zellstoff, Holzstoff und Druckpapier zu Vereinigungen zum Zwecke der Festlegung von Einheitspreisen und Preisausgleich unter behördlicher Mitwirkung; ferner erhebliche Zahlungs- und Kreditbedingungen für die Presse und schließlich Sicherstellung der zur Papierherstellung notwendigen Rohstoffe: Holz, Zellstoff und Holzstoff sowie des Druckpapiers.

Angenommen wurde ferner eine gemeinsame Entschließung

der sozialdemokratischen Fraktion und der Unabhängigen, worin die Reichsregierung beauftragt wird, dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss in kürzester Frist Bericht darüber zu erstatten, welche Maßnahmen sie angesichts der volkswirtschaftlichen Notlage ergreifen wird, insbesondere, welche Stellung sie zu folgenden Fragen einnimmt:

1. Unterbindung der Benutzung ausländischer Zahlungsmittel im inländischen Warenverkehr;
2. Währungsreform (Goldmark), Schätzungsaktion für die Mark, Devisenbewirtschaftung;
3. Beschränkung der Einfuhr von Waren, die wirtschaftlich nicht notwendig sind;
4. Unterbindung der Verwendung notwendiger Lebensmittel in Schlemmerlokalen und zur Herstellung von Spirituosen sowie Süßwaren;
5. Sicherstellung des Bedarfs der Bevölkerung mit Kartoffeln, Zucker, Milch, Butter und anderen notwendigen Lebensmitteln;
6. Beschränkung der Schlemmerei;
7. Bekämpfung des Wuchers und der Preissteigerung durch die Kartelle;
8. Intensivierung der Agrarwirtschaft (Bebauung, Düngung, Kreditfrage, Erfassung der Ernte);
9. Förderung des Wohnungsbaues und der Baustoffherstellung;
10. Schnellste und lausende Eingiehung der Vermögenssteuer entsprechend der Markentwertung, Anpassung der Höhe der Zwangsanleihe an die Geldentwertung.

Nach Erledigung weiterer Anträge vertagte sich der Ausschuss.

Teuerungsunruhen in Mülheim.

Mülheim a. d. Ruhr, 7. September. (W.Z.) Im Laufe des Vormittags sammelten sich mehrere Trupps Kommunisten in den Straßen der Stadt an, um gegen die herrschende Teuerung zu demonstrieren. Es kam zu Zusammenstößen mit der Saupo, die den Rathausplatz und die Hauptstraßen der Stadt abspernte. Durch Unvorsichtigkeit (?) entlud sich ein Karabiner, wodurch fünf Personen verletzt wurden, die in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Bei dem hierauf entstehenden Handgemenge wurden die Demonstranten gestreut, so daß bald wieder Ruhe einkehrte.

Nochmals die Reize des Polizeipräsidenten. In der reaktionären Presse wird immer wieder das Märchen verbreitet, daß Polizeipräsident Richter von seiner Amerikareise habe umkehren müssen, weil er als Sozialdemokrat den Amerikanern nicht genöme gewesen sei. Ferner werden allerhand alberne Vermutungen über die Umstände der Reize ausgesprochen. Hierzu stellt die „Soz. Korr.“ fest: Die Amerikaner hatten den Berliner Polizeipräsidenten nicht nur in der herzlichsten Weise angeloben, sondern ihm auch durch den amerikanischen Botschafter in Berlin die Mittel zur Bekämpfung der teuren Reize zur Verfügung gestellt. Die Rückkehrung des Polizeipräsidenten Richter von seiner Amerikareise, die zuvor vom Ministerium des Innern genehmigt worden war, ist lediglich deshalb erfolgt, weil die inzwischen eingetretene maßlose Teuerung die innere Lage Deutschlands sehr präfer gestaltet hatte. Die Regierung wollte deshalb den Polizeipräsidenten in diesen kritischen Wochen zur Bekämpfung des Wuchers und zur Verhütung von Hungerunruhen auf seinem Posten sehen.

Veränderte Straßennamen in Dresden. Der Rat zu Dresden hat einer Anregung der Stadteordneten entsprechend beschlossen, den Amalienplatz an der Carolabrücke nach Kothenauplatz zu nennen. Die Königs-Johann-Straße soll in Zukunft nur Johannstraße, der Kaiser-Wilhelm-Platz kurzweg Wilhelmplatz und die Prinzess-Luisen-Straße einfach Luisenstraße genannt werden. Die Friedrich-August-Brücke, die unter der glorreichen Regentschaft des Königs Friedrich August an Stelle der alterwürdigen Augustusbrücke errichtet worden ist, soll, wie ihre Vorgängerin, Augustusbrücke heißen.

Hamburgische Schauspielerschule. Unter dem Protektorat der Hamburger Schauspieldirektoren und der Vertreter Hamburgischer Behörden haben eine Anzahl Künstler und Gelehrter die Hamburgische Schauspielerschule ins Leben gerufen als eine gemeinnützige soziale Einrichtung. Verdient gemacht um die Idee und ihre praktische Durchführung hat sich Wabeline Böders, der auch die Leitung übertragen ist. Um das künstlerische und wirtschaftliche Proletariat an der Bühne zu verringern, erfolgt die Ausbildung nach der Auslese der Begabten. Eine Ehrenpflicht soll es sein, besonders stark begabten, aber unbemittelten Schülern die Ausbildung zu ermöglichen. Der Unterricht ist erteilt in den Räumen der Hamburger Staatlichen Kunstgewerbeschule. In den Lehrplan sind alle Fächer aufgenommen, die für eine gründliche Ausbildung des modernen Schauspielers, Regisseurs, Regisseurs notwendig sind. Die Schule wird im Oktober eröffnet. Die Aufnahmeprüfung findet statt am 26., 27. und 28. September. Weitere Auskunft erteilt die Zeitung: Hamburg, Finkenau 6 I.

Die Verteuerung des deutschen Buches. Die ungeheure Preissteigerung für Zellstoff und für Druckpapier hat auf dem Büchermarkt eine rasche Preissteigerung im Gefolge. Um sich gegen Kapitalshund zu sichern, haben die Verleger in den letzten Monaten auch die Preise ihrer älteren Verlagswerke stark heraufgesetzt, und eine Grenze dieser Steigerung ist überhaupt noch nicht abzusehen. Es geht immer gleich um 100 Proz., ein großer Münchener Verlag z. B. hebt den Teuerungszuschlag auf die älteren Werke auf 2000 Proz. fest. Und ein anderer Verlag inseriert im Börsenblatt mit der Überschrift: „Abnt der Buchhändler, welche Bücherpreise für den Herbst zu erwarten sind?“. Nach sind die Bücher billig, bald ein Luxus.“ Schon hat der Preis für ein neues Drama die Grenze von 100 M. fast erreicht, der Preis für einen besseren neueren Roman hat sogar diese Grenze längst überschritten. Und das wissenschaftliche Buch ist allmählich so teuer geworden, daß es für die meisten, die es nötig haben, als unerschwinglich gelten muß. Denn es ist ja leider nicht so, daß Bücher einen Luxus darstellen. Der wissenschaftliche Schahperrin in Leipzig konnte vor kurzem bei den Verlegern wenigstens einige Vergünstigungen beim Bezug eigener Werke für sich selbst und für die Universitätsbibliothek der Verfasser erreichen. Aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Heute, wo die Presse mit Recht ein Eingreifen fordert, müßte auch der Buchverlag im Interesse der Erhaltung unserer literarischen Kultur die Forderung durchdrücken können, daß die Preisbildung auf dem Zellstoff- und Papiermarkt nicht ganz unbeaufsichtigt bleibt.

Von der „Vollbahn“. Zeitschrift für soziale Arbeiter. In Heft 1 des dritten Jahrgangs erschienen. Es enthält u. a. Szenen aus einem noch ungedruckten Drama von Wilson Paquet, ferner Beiträge von Julius Dab (Berlin) und die Provinz), Richard Seidel (Romanik oder Eisenbahn), Siegfried Kretschke (Theaterzensur), Paul Joch (Dichter und gebildete Arbeiter), einen ausführlichen Bericht vom Dritten Volksbahntag usw. Die Zeitschrift ist zum Halbjahrespreis von 20 M. durch den Verlag, Berlin SO 16, Lindenstr. 68, zu beziehen.

Kurt Lehmann, der sich in seinen Kreisen durch seine Dichtung „Entwerden“ bekannt gemacht hat, bringt am Sonnabend in der Kunstausstellung „Der Sturm“ Teile der lyrischen Dichtung „Entwerden“ und neue Gedichte zum Vortrag.

Die Notstandsmaßnahmen Berlins.

Die Stadtoverordnetenversammlung widmete ihre gestrige Sitzung der eingehenden Erörterung von Maßnahmen gegen Teuerung und Mangel. Im Saal und auf der Tribüne kam die Erregung über die steigende Not des Volkes zum Ausdruck. Der Magistrat trat vor die Versammlung mit bereits von ihm gefassten Beschlüssen.

Zur Beratung stand der von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen in der vorigen Sitzung eingebrachte Dringlichkeitsantrag, der den Magistrat aufzufordern, für ausreichende

Sicherstellung der notwendigsten Lebensmittel und der Brennstoffe

zu sorgen, bei der Reichsregierung gegen die von den Landwirten geforderte nachträgliche Erhöhung des Umlagegetreidepreises einzutreten und von ihr Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des Mangelers zu verlangen, bei ihr mehr Mittel für Rentner und Unterstützungsempfänger zu beantragen, selber vorbereitende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen. Mitberaten wurden eine Reihe kommunistischer Anträge. Sie fordern unter anderem Lebensmittelkontrollausschüsse der Arbeiterschaft, Befehlsgewalt der Ernte, der Kohlen, der Textil- und Lederwaren, bare Unterstützung und Naturalien für Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, Erwerbsbeschränkte usw., zur Ausgabenbedeckung die Inanspruchnahme des Reinertrages der privaten Betriebe. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei richtete sich unter anderem gegen die Devisenspekulation und forderte Aufenthaltsteuer für Ausländer. Ein Antrag der Deutschnationalen will Ergänzungen der Maßnahmen von Reich, Staat und Stadt, unter anderem Förderung der Produktion durch vermehrte Arbeitsleistung, verstärkten Streikschutz, steuerliche Schonung der Betriebskapitalien.

Vor Eintritt in die Beratung nahm Oberbürgermeister Böhm das Wort, um die Auffassung des Magistrats, die bisherigen Maßnahmen und die weiteren Absichten mitzuteilen. Er wies hin auf die wachsende Erregung der Bevölkerung, hervorgerufen durch die

ungeheure und unerträgliche Steigerung der Preise

aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Das Mißtrauen gegen die Preisbildung und der Vorwurf des Wuchers sind weitverbreitet und entbehren leider nicht der Begründung. Aber die eigentliche Ursache der Preissteigerungen ist die Marktentwertung, die durch Frankreichs Haltung in der Frage der Reparationsforderungen beschleunigt worden ist. Pflicht der Stadt und jedes Bürgers ist, alles zu tun, um den Preissteigerungen und dem Wucher entgegenzutreten, und zwar ohne Anwendung von Gewalt und ohne künstliche Steigerung der Erregung. Der Magistrat hatte schon vor der vorigen Stadtoverordnetenversammlung die Vorbereitungen zu Maßnahmen getroffen und hat dann sofort die nötigen Schritte getan. Mit dem Groß- und Kleinhandel sind Vereinbarungen über die Preisfestsetzungen getroffen und den Käufern wird die Möglichkeit zu Anzeigen von Wucher bei der Polizei erleichtert. Eine gewisse Beruhigung ist schon jetzt eingetreten, weil das Publikum erkennt, daß geholfen werden soll. Im Zuckerhandel ist für strenge Scheidung zwischen Auslandszucker und Inlandszucker gefordert worden, und der Inlandszucker ist wieder zum Vorschein gekommen. Im Textilhandel ist die Preiskontrolle schwieriger, die Preisprüfstelle wird die nötigen Maßnahmen treffen. In der Frage der Preisfestsetzung will der Handel die Stadtoverordnetenverwaltung aber kann so weit nicht gehen, sondern nur eine angemessene Berücksichtigung zugelassen. Bedauerlich ist, daß der Hauptausfluß der Preisprüfstelle hierin zu weit geht. Wir befinden uns in bezug auf unsere Ernährung in vollkommener Abhängigkeit vom Ausland. Trotz aller Schwierigkeit und Not muß die Bevölkerung Ruhe wahren und nicht das Vertrauen des Auslandes noch erschüttern. Der Oberbürgermeister erörterte dann die einzelnen Nahrungsmittel. Die Getreideernte ist nicht gut. Die Kartoffelernte

wird besser sein. Die Kartoffelnöte des vorigen Winters dürfen nicht wiederkehren, das muß durch behördliche Maßnahmen verhindert werden. Die Fleischversorgung ist sehr ungenügend. Gefordert werden muß dafür, daß der Zucker nicht wieder verschoben und die Lugsindustrie nicht mit inländischem Zucker beliefert wird. Auch das muß verhindert werden, daß bedeutende Mengen aus den Fischjängen ins Ausland gehen. Die außerordentliche Steigerung der Milchpreise hat weiten Kreisen der Bevölkerung den Milchnuß unmöglich gemacht. Wegen der Bedeutung dieses Nahrungsmittels fallen die für Milchverbildigung von der Stadt aufgewendeten Mittel nicht ins Gewicht. Gut ist jetzt die Gemüseversorgung. Mit großer Sorge muß man der Kohlenversorgung für den Winter entgegensehen. Eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft würde heute auf die größten organisatorischen und personellen Schwierigkeiten stoßen. Wir werden uns nicht der Pflicht entziehen können, durch eine

Notstandsaktion im Winter

die Lage der Minderbemittelten zu lindern. Aus eigenen Mitteln können die Gemeinden das nicht tun. Schaffen müssen sie Notstandsreserven von Kartoffeln und anderen Lebensmitteln. Für die Notleidenden sind Unterstützungen zu gewähren. Die vom Reich vorzustellenden Mittel müssen sehr bald gemeldet werden, ehe weitere Preissteigerungen uns die Hilfsaktion weiter erschweren. Auch die Erhöhung der Löhne und Gehälter hat die Lage der Gemeinden erschwert. Der Magistrat hat nicht auf das Reich gewartet, sondern hat der Stadtoverordnetenversammlung dringliche Vorlagen zugehen lassen zur Unterstützung der Bedürftigen, zur Ausdehnung der Volksspeisung und der Armenspeisung, zu Beihilfen für Mutter- und Kinderpeisung. Ingesamt werden 208 Millionen Mark gefordert. Zur Deckung sind Steuererhöhungen und neue Steuern nötig. Die Stadt muß fordern, daß diejenigen, die es noch können, zur Linderung der Not der anderen beitragen und nicht sich einer Vergewürdung der Lebensmittel überlassen. Gegenüber einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, die zu befürchten ist, wird die Stadt mit Notstandsarbeiten wenig eingreifen können. Erfreulich ist, daß Mittel aus der Wohnungsbauabgabe uns in nächster Zeit zuzufliessen sollen. — Zur Bekämpfungsaktion beantragte Schumacher (Komm.) die Zusage einer Kommission von Frauen, die aus einer in den Sophienböden veranstalteten Frauenversammlung käme. (Wärm rechts.) Vorsteher Dr. Caspari wies darauf hin, daß dies der Städteordnung widerspräche.

Zur Begründung des Hauptantrags führte Dr. Herz (N. Soz.) aus, daß gegenüber der augenblicklichen Lage jeder Optimismus zu verwerfen sei. Er beleuchtete die Marktentwertung und ihre Folgen für die Warenpreise und gestellte die davon profitierende Gewinnsucht. Der Lugs dieser Ruchnieher der Not des deutschen Volkes erweist bei den Ausländern ein ganz falsches Bild von unserer Wirtschaftslage. Wir haben eine Zwangswirtschaft nicht mehr des Staates, aber eine Zwangswirtschaft der Interessenten, der

Erzeuger und Händler, die ihre Macht gegen die Verbraucher ausüben.

Die Preisdistatur fängt bei Erzeugern und Großhändlern an; bei den Kleinhändlern ist sie geringer, aber auch sie sind nicht frei von Vorwurf. Aus der Willkürlichkeit der Preisfestsetzungen erklärt sich die Erregung der Bevölkerung. Unser Antrag fordert, auf die Regierung dahin einzuwirken, daß der Preis des Umlagegetreides nicht nachträglich geändert wird. Die Brotversorgung ist nicht gesichert, nicht nur deshalb, weil wir von dem Ausland abhängig sind, sondern auch wegen des schwachen Eingangs von Umlagegetreide, wegen des organisierten Widerstands der Landwirte. (Zustimmung links.) Dieser Widerstand ist künstlich entfacht aus politischen Gründen, um den Staat auf die Knie zu zwingen. (Zustimmung links.) Eine ungeheure Steigerung der Brotpreise ist zu erwarten. Lohn- und Gehaltserhöhungen müssen folgen, selbstverständlich auch in den Gemeindebetrieben. Trotz aller Schwierigkeiten müssen die Gemeinden auf bestimmten Gebieten einen Preisdruck ausüben. Beim Fischverkauf hat Berlin das schon getan, in der

Kartoffelversorgung muß dasselbe versucht werden durch Abschluß von Lieferungsverträgen. Redner forderte, daß die Ernährungsangelegenheiten der Stadt von einer Persönlichkeit geleitet werden, die das Vertrauen der Bevölkerung hat. Die Stadt müsse, um ihre Pflichten gegen die Bedürftigen und Erwerbslosen erfüllen zu können, weitgehende Hilfe vom Reich in Anspruch nehmen.

Vorsteher Dr. Caspari gab bekannt, daß inzwischen die vom Oberbürgermeister angekündigten Vorlagen eingegangen sind.

Schwenk (Komm.) hielt zunächst eine agitatorische Rede, deren Zusammenhang mit der Ernährungsnot bestritten wurde. Dem Vorsteher, der ihn wiederholt zur Sache rief, antworteten die Kommunisten mit Lärm. Die Wortentziehung wurde (in namenslicher Abstimmung mit 85 Stimmen der Linken gegen 75 der Bürgerlichen) abgelehnt. In der Fortsetzung seiner Rede schimpfte Schwenk auf SPD. und USPD, die sich vereinigen wollen. Dann erörterte er, häufig von der Rechten unterbrochen, die kommunistischen Anträge.

Dr. van der Borcht (Dtn.), der den Antrag seiner Fraktion begründete, war nicht dafür zu haben, daß man zur Zwangswirtschaft zurückkehrt. Zum Antrag der Deutschen Volkspartei sprach v. Cynern (D. Sp.). Als er den Arbeitern vorwarf, daß sie die Konjunktur ausnützen, entsetzte er bei der Linken einen Sturm der Entrüstung. — Um 11 Uhr wurde die Verhandlung über diesen Gegenstand abgebrochen und auf die nächste Sitzung vertagt. Zum Wort gemeldet waren noch 5 Redner, darunter der Redner der sozialdemokratischen Fraktion. Die Beratung der vom Magistrat vorgelegten Maßnahmen soll einem Ausschuss übertragen werden. Beschlossen wurde, daß er sofort zusammentritt. Er soll einstweilen über die Anträge der Fraktionen beraten.

Das Tief und das Hoch.

Jeder einigermaßen unterrichtete Mitteleuropäer weiß, daß die Meteorologie — ein verlässiges Fremdwort — die Wissenschaft ist, die sich mit den Vorgängen in der Atmosphäre unserer Erde beschäftigt, also die Bewegungserscheinungen wie Winde und Stürme, Verschiebenheit des Luftdruckes und der Temperatur, der Regen- und Schneefälle, der Gewitterbildungen usw. untersucht. Und es wird niemanden geben, der behaupten kann, daß besonders in diesem Jahr die meteorologische — man spreche das Wort recht langsam aus, dann schafft man's — Wissenschaft ihre Pflicht nicht erfüllt hätte. Im Gegenteil! Selten dürften die Wetterkundigen so viel in Anspruch genommen worden sein wie in diesem Jahre, und mit größter Gewissenhaftigkeit und wissenschaftlicher Gründlichkeit haben sie uns über heranziehende barometrische Hochs und abziehende Tiefs oder umgekehrt, um die es sich in der Hauptphase immer handelt, unterrichtet. Und so schlau sind wir alle nun schon geworden, daß wir wissen, daß ein Tief gleichbedeutend ist mit Regen, Sturm und Dred und ein Hoch mit Sonnenschein, Wärme und Hitze. Nur eines können uns leider auch die Klügsten und Schlauesten der Meteorologen nicht verraten: Warum wir in diesem Jahre verdammt sind, ein Tief um das andere über unsere Häupter ergehen zu lassen. Daß ein ewiges wolkenloses monatelanges Hoch nicht zu den Annehmlichkeiten gehört, hat das Jahr 1911 bewiesen, in dem, wie noch in der Erinnerung sein wird, föhnliche Quellen, Bäche und Brunnen versiepten und in den tiefst gelegenen Stellen der Flüsse die Hungersteine vergangener Jahrhunderte zum Vorschein kamen. Aber die unaussprechlichen Tiefs dieses Jahres mit ihrem ewigen Regen, Nebel, Schmutz und Dred schön zu finden, dazu gehört ein Tief-Sinn, der uns allen mangelt. Freilich, man soll mit dem Wetter nachsichtig sein. Wenn die Kundigen für Sonntag Sonnenschein angekündigt und der Sonnenschein verpätet sich mal um zwölf Stunden, weil er gerade recht tüchtig und ergiebig über Amerika schien und nicht so schnell über den Ozean nach Deutschland springen konnte, wer will das dem wetterwendigen Wetter, das nun einmal ein großer Herr ist, verargen? Aber das eine ist nun schon wahr: Wir haben diesmal ein bißchen sehr viele und sehr tiefe Tiefs gehabt, mehr als uns gut tut. Aber was ist dabei zu tun? Wird es nicht schließlich am besten sein zu sagen: Hör mal, verehrtes Wetter, du hast dafür gesorgt, daß ich einen Dauerschnuppen habe, du bist mir nun doch endlich schnuppe geworden. Spielt ihr Hochs und Tiefs so viel ihr wollt, ich spiele jedenfalls nicht mehr mit. Ich streike! Es gibt

Sachawachial der Eskimo.

von Einar Mikkelsen.

Er hält eine Trommel in seiner Hand und geht vor den versammelten Männern auf und ab — er trommelt und ruft Worte in den Sturm hinaus, der sie gen Osten wirbelt. Jetzt sind es milde, bittende Worte, und die Trommel bettelt mit, leise und gurgelnd. Sein Auge ist sanft, seine Gebärde flehend, er streckt die Arme gen Osten und rührt den Rand seiner Trommel — ein Gebet an den Ostwind! Sein Arm sinkt — er steht einen Augenblick still, dann spielt er auf seiner Trommel eine jubelnde, dahinstürmende Melodie, sein Auge leuchtet, seine Füße trippeln, und der Körper schwankt hin und her, er läßt den Ostwind zum Fest, zum Walfischschmaus.

Aber es sind Feinde beim Fest, die muß man vertreiben. Sein Spiel wird trotzig und hart, seine Gebärden drohend, wild, sein Auge schließt Wille, dann schwingt er sich herum, dem Schneegeföhber und dem beifenden Winde entgegen. Seine Kapuze wird ihm vom Kopf geweht, das lange, schwarze Haar ihm ins Gesicht gepeitscht, der Wind tut, was er kann, um den starken Mann zu beugen; er zerrt an seinem hin und her schwankenden Körper. Doch lauter klingt die Trommel, verächtlich, trotzig, gebieterisch, und lauter als sie klingen seine Worte, fast schreiend — „Westwind, ich befehle dir, geh!“

Der Kreis hinter ihm summt mit — sanft und bittend, laut und befehlend, je nachdem, wie er es angibt, und als er seinen Zorn und Hohn gegen den Westwind schleudert, springen sie auf, alle die selbsteleideten Männer; sie wenden sich nach Westen, dem Wind und Schneetreiben zu, und rufen wie ein Echo: „Westwind, hörst du, er befehle dir, geh!“

Dann sehen sie sich hin, und der hohe, einsame Mann wendet sich wieder gen Osten mit demselben Gebet — er bittet den Ostwind, endlich zu kommen, und er bittet um offenes Wasser, ehe es zu spät ist.

Das Gebet ist beendet, der letzte Versuch, den Ostwind herbeizurufen, gemacht. Von seiner Trommel tönt die letzte ersterbende Bitte; darauf neigt er sich gen Osten, und ohne sich umzuwenden, geht er dem Lande zu, gefolgt von seinen Männern.

Das ist Nuwuk's ungekrönter Häuptling, der beste Jäger, der besten Jäger früherer Geschlechter Sohn und Enkel, Sachawachial — der Großjäger, der Besizer von fünf Umiaks, des Wohnplatzes tüchtigster Handelsmann.

Am Strande treffen die Männer ihre Kinder und Frauen; aber abseits auf einem Eisblock, dem Winde trotzend, steht eine allein. Ihre Augen leuchten, ihre Wangen glühen, ihr halbgeöffneter Mund lächelt — sie klatscht in die Hände und jubelt beinahe laut, als sie den Männern — nein, dem Wanne entgegengeht — „Sachawachial, jetzt kommt der Ostwind!“

Seine harten Züge glätten sich, sein Auge lächelt Nuwuk's schönster Frau zu — „Igluruk, du frierst, geh nach Hause!“

Hand in Hand geben sie zu den Hütten hinauf, gefolgt von all den anderen, und bald sitzen sie warm und geschützt zu Hause und lauschen auf den Weststurm, der mit dumpfem Gebrumm und gellendem Geheul über den Wohnplatz fährt; denn noch herrscht der Westwind und sendet in wildem Totentanz Kastaden von wirbelndem Schnee über Nuwuk's Hütten. Alles hat man erprobt, um ihn zu vertreiben, alles ist versucht worden: der Angekok, der Zaubermann, ist früh und spät in Tätigkeit gewesen mit Opfern und Beschwörungen, mit Geheul und wilden Gebärden, doch alles war vergeblich, aber jetzt — ja, jetzt wird der Ostwind schon kommen, Sachawachial hat ihn ja zum Fest geladen.

Und eines Morgens erlöht der Ruf: „Der Ostwind ist gekommen!“ Von Hütte zu Hütte klingt es wieder, den ganzen Wohnplatz entlang, und die Leute strömen hinaus, auf den höchsten Punkt hinauf, wo man sich versammelt und nach Westen sieht, über das zugefrorene Meer.

Ah, jetzt da, da — ein Streifen Blau unterbricht das eisförmige Weiß; er zieht sich von Norden nach Süden, so weit man sehen kann, den ganzen Weg längs der Küste. Die Sonne glihert auf kleinen, munteren Wellen, Wasserdämpfe, von der Sonne golden gefärbt, steigen aus dem Meer in die kalte Luft und werden vor der schwachen Brise hergetrieben; es herrscht Leben da draußen, Vögel fliegen hin und her mit kräftigen, munteren Schlägen, und der Seehund tummelt sich vergnügt im offenen Wasser — das Gebet hat geholfen, der Ostwind kommt, das Eis geht von Land — ja, es ist Fischzeit in Nuwuk, das Küstwasser ist da.

Der Walfischfang ist in vollem Gange. Die Umiaks auf den Schlitten stehen jetzt draußen an dem offenen Küstwasser, nicht mehr festgeschürt, sondern zum sofortigen Gebrauch klargemacht; die Raddeln, die kurzen Ruder, sind auf ihren Plätzen anebracht, Harpune und Speere liegen am Vorderende, die Spize nach vorn, bereit, non kräftigen Armen ergriffen und tief in den ätzenden Rücken des Wals getrieben zu werden. Die Seile sind in großen Bindungen aufgerollt und können sich jeden Augenblick abwickeln, die Schwimm-

blasen sind gefüllt, und die Bemannung liegt und schläft auf dem Boden des Umiaks — ein Wink, sie springen hoch und das Boot ist draußen, gerüstet und bemannt zum Kampf.

Dicht bei den Umiaks halten einsame Männer Wache auf den hohen Eischollen. Sie spähen gen Süden nach einem Wal oder einem Signal von der nächsten Wache, die weit fort, sich als scharfe Silhouette gegen den lichten Frühlingshimmel abzeichnet.

Frauen sind auch da, aber ein Aberglaube befiehlt, daß keine Frau in der Nähe sein darf, wenn der Wal harpuniert werden soll, sie verjagen ihn — darum sind sie nur als Gäste dort, doch nein, nicht ausschließlich, sie machen sich auch nützlich, denn sie stopfen den Männern den Magen und den Umiaks die zerrissene Haut.

Und deshalb ziehen die Frauen hin und her zwischen dem Lande und der Eiskante, wo die hungrigen und durstigen Männer sind; diese schleppen gefochtes Fleisch zu ihnen hin, jene tragen Blasen auf Rücken und Brust, die mit Eis gefüllt sind, das an der Körperwärme zu Wasser schmilzt — ein Badel für die Durstigen. Andere sehen eifrig mit Nadel und Faden beschäftigt und bessern Zeug und Felle aus, alle arbeiten, alle haben etwas zu tun — nur eine ist müßig, nur eine einzige von allen den Frauen des Wohnplatzes geht ohne etwas zu bestellen umher. Schön ist sie anzusehen und ihr schlanker Körper ist in kostbares Pelzwerk gekleidet; aber sie ist auch nur etwas fürs Auge, zum arbeiten taugt sie nicht — das hat sie nie gelernt und wird es nun nicht mehr lernen. Es ist Igluruk, Sachawachial's Frau, die Schönste an der ganzen Küste, beneidet von ihren Geschlechtsgenossinnen — und sehr verachtet, doch begehrt von den Männern, aber nur einem gehörend — Sachawachial, der, seit sie Kind war, sie zu seiner Frau erwählt hat.

Sie ist hell von Haut, und ihre Augen sind nicht so braun, wie die der meisten Eskimos, ihr Gesicht ist oval, ohne die vorstehenden Backenknochen — die sonst so in die Augen fallend bei den Eskimos sind — sie ist fein und geschmeidig, ihr Gang ist elastisch, nicht schleppend und schwer durch harte Arbeit, nein, sie ist so schön und zart, wie nur irgendeine Frau, selbst außerhalb des Landes der Eskimos — aber ihr Vater war auch ein Weißer.

Was Gestalt und Aussehen betrifft, ist sie eine passende Gattin für den prächtigen Sachawachial; aber dann hört die Ähnlichkeit auf — er ist immer der Erste bei der Arbeit, beim Fang, bei allen möglichen Verlesübungen — sie kommt zuletzt, kann gar nichts, ist nur ein schönes Bild.

(Fortsetzung folgt.)

für mich gar kein Wetter mehr, verstanden? Regne, neble, donnere und blize, mach, was du willst, du bist für mich nicht mehr da. Wenn es aber gar zu arg werden sollte, dann werde ich eine riesige Verlammlung einberufen und werde ihr einmal vorlegen, wie wenig man sich auf das Wetter verlassen kann. Und ich werde mit den Worten schließen: In die Tiefe mit allen Tiefen! Ein donnerndes dreifaches Hoch dem Hoch!

Der Fall Peukert.

Und doch war es Wahrung berechtigter Interessen!
In Lichterfelde schwelte seit 1919 ein Konflikt zwischen den sozialdemokratischen Gemeindevorordneten und der Gemeindeverwaltung, der bisher schon verschiedentlich die Öffentlichkeit auch außerhalb Lichterfeldes beschäftigt hat. Während aber ein Urteil des Amtsgerichts Lichterfelde ganz nach dem Herzen der Sozialistenfreier ausfiel, dürfte die soden in der Berufungsinstanz gefällene Entscheidung in jenen Kreisen recht lange Gesichter hervorgerufen haben.

Zugrunde lagen dem Konflikt schriftliche Auslagen, die zeigten, daß der Lichterfelder Brandinspektor Peukert sich erheblicher Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht habe. Das Material wurde durch die sozialdemokratischen Gemeindevorordneten der Gemeindeverwaltung, und von dieser der Staatsanwaltschaft zugeleitet. Die Staatsanwaltschaft stellte das Strafverfahren gegen den Brandinspektor ein, dafür wurde aber der Genosse Wenzel, der als Lichterfelder sozialdemokratischer Abgeordneter in öffentlicher Sitzung an den Gemeindevorstand in der Sache Peukert eine Anfrage gerichtet hatte, vor Gericht zitiert, mit ihm einer der Zeugen, der die belastendsten Auslagen gemacht hatte. Unter großem Jubel, im besonderen auch der Lichterfelder Lokalpresse, wurde im Januar 1922 der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß jenes „sozialdemokratische Kesseltreiben“ vor dem Amtsgericht Lichterfelde seine Sühne gefunden habe. Der Wahrheitsbeweis gegen den Brandinspektor Peukert sei völlig mißlungen, Wenzel sei wegen über Nachfrage zu 200 M. Geldstrafe, der sogenannten Hauptbelastungszeuge sogar zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Diesem sei nicht einmal die Wahrung berechtigter Interessen als Strafmildernd zugestanden worden!

In den Kreisen, die den Fall Peukert etwas genauer zu kennen glaubten als das Lichterfelder Amtsgericht, beruhigte man sich bei dem Urteil nicht. Man wollte sich unter allen Umständen gegen die gerichtliche Befreiung des Rechtes auf Wahrung öffentlicher Interessen wehren. Es wurde Revision eingeleitet; sie wurde gestern in Roabit verhandelt. Den Angeklagten Wenzel und Flatz standen dabei die Genossen Rechtsanwältin Löwy und Weinberg zur Seite. Gegen ihre schlüssige Argumentation gab es bei dem Brandinspektor Peukert keine Abwehr; die beiden Angeklagten wurden unter voller Berücksichtigung dessen, daß sie in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hatten, als sie sich um die Dinge kümmerten, die in Lichterfelde überall von dem Brandinspektor Peukert erzählt wurden, freigesprochen. Damit bekommt das „sozialdemokratische Kesseltreiben“ gegen den überdies seit Juli d. J. in Urlaub befindlichen Brandinspektor ein ganz anderes Licht. In Lichterfelde war es überdies auch, wo es erst nach jahrelangen Mühen gelang, eine der größten Brotkartenschiebungen, die seit der Einführung der kommunalen Brotversorgung durchgeführt wurde, aufzuklären. Auch damals hat man den Sozialdemokraten „Kesseltreiben“, Gespinsterei und alles mögliche nachgesagt, bis zuletzt doch die Polizei ein gutgehendes Brotkartengeschäft in der Lichterfelder Gemeindeverwaltung entdeckte.

Was Amerikaner in Berlin verlieren.

Einem Amerikaner Berry kamen gestern im Palais de Danse ober auf dem Wege von dort zum Hotel Edison zwei Hemdenknöpfe mit Saphieren und Brillanten, in Platin gefaßt, abhanden, die einen Wert von 250 Dollar haben. Auf die Wiederherbeschaffung hat der Beschädigte 25 Dollar Belohnung ausgesetzt. Eine amerikanische Dame verlor am 17. Juli während der Fahrt mit einer Autobrosse vom Hotel Eplonade nach dem Hotel Bristol eine Diamantbroche, auf deren Wiederherbeschaffung 100 Dollar Belohnung ausgesetzt sind. Eine andere Dame verlor auf der Fahrt vom Hotel Eplonade nach der Wilhelmstraße ein Platinarmband im Werte von 250 Dollar, auf dessen Wiederherbeschaffung sie offenbar in Infinitum des Wertes oder richtiger des Unwertes der Mark. 5000 Papiermark als Belohnung aussetzte. Das sind noch nicht 4 Dollar, während das Armband bei 250 Dollar Wert einen Wert von 325 000 Papiermark hat.

Die Tatsache, daß es immer noch treuherzige und ehrliche Menschen gibt, wird wieder durch einen bezeichnenden Fall bewiesen. Einem russischen Staatsrat war, wie wir berichtet hatten, Ende vorigen Monats auf dem Anhalter Bahnhof ein Hobelpol im Werte von einer Million Mark abhanden gekommen. Seiner Bergesäßlichkeit konnte seiner Meinung nach der Verlust nicht zugeschrieben sein; er erstattete darum eine Diebstahlsanzeige bei der Kriminalpolizei. Am nächsten Morgen konnte er aber schon diese Anzeige wieder rückgängig machen, da er durch einen Gang zum Ellenbogenzentralamt wieder zu seinem Eigentum gelangt war. Der ehrliche Finder war ein unbekannt gebliebener Mann aus dem Volke.

Ein falscher Kriminalbeamter.

Mit dem bekannten Trick eines falschen Kriminalbeamten arbeitete der wegen Zuhälterei mit 2 1/2 Jahren Gefängnis u. a. verurteilte Arbeiter Oskar Siebert. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß die Zigarrenhändlerin Witwe Wädel eine größere Summe Geldes in ihrer Wohnung aufbewahrte. Eines Tages erschrak er mit noch drei unbekannt gebliebenen Genossen an der Wohnungstür der W., zeigte eine Diebmarke vor, mit der er sich als Kriminalbeamter auswies und gab vor, eine Hausdurchsuchung vornehmen zu müssen, da gegen die W. eine Anzeige erstattet worden sei. Angeblickt habe sie gefächerte Bandrollen verwendet. Die Witwe, die sich keiner Schuld bewußt war, ließ die vermeintlichen Kriminalbeamten ruhig in ihre Wohnung ein, die alsbald alle Behälter durchwühlten. Im Zeit lang Siebert 10 000 M. in bar, die er zu sich steckte, ferner eine goldene Uhr, verschiedene Ringe und sonstige Schmuckgegenstände, die er ebenfalls „beschlagnahmte“. Seine drei Helfer hatten er inzwischen nach einem Kraftwagen geschickt, in dem Frau W. mit ihm zum Polizeipräsidium fahren sollte. Als der Kraftwagen vor der Tür stand, ließ Siebert allein ein und fuhr davon. Deh erst ging der Frau ein Licht auf, daß sie Schwindler in die Hände gefallen war, und sie erstattete Anzeige. Nur Siebert konnte ermittelt werden. In der gestrigen Gerichtsverhandlung war er gefällig. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten der erstritten Untersuchungshaft.

Ein Dieb, der die Wahrheit liebt.

Auf seine Wahrheitsliebe berief sich der schon mehrfach verurteilte Bagger, der wegen Einbruchdiebstahls im Rückfall und Unterhändlerung vor dem Schöffengericht Berlin-Weßling stand. Seine frühere Zimmerwirtin behauptete auf das Bestimmteste, daß er einen goldenen Ring, der ihr nach dem spurlosen Verschwinden des E. gefehlt habe, gestohlen habe. Der Angeklagte leugnete indessen ganz entschieden die fragliche Tat. Der Verteidiger berief sich darauf, daß der Angeklagte bisher stets alle Delikte, denen er wegen angeklagt war, rückhaltlos zugegeben hätte; es handle sich hier nur um das Zeugnis der Wirtin, die keinerlei Unterlagen für ihre Vermutungen beibringen konnte. Das Gericht sprach den Angeklagten auch wegen

dieses Deliktes frei und verurteilte ihn nur wegen der Unterschlagung eines Fahrrades, die von L. zugegeben worden war, zu 8 Monaten Gefängnis.

Amtliche Kontrolle des Kartoffelkaufs.

Der Oberpräsident von Brandenburg ersucht, alle Aufsichtorgane besonders darauf hinzuweisen und sie gleichzeitig anzuhalten, der Kontrolle der Kartoffelkäufe die größte Sorgfalt zuzuwenden. Jeder, der gewerbmäßig Kartoffeln beim Erzeuger aufkauft, muß sich entweder durch die Großhandelserteilung für Kartoffeln oder durch einen vom Oberpräsidenten ausgestellten Erlaubnisbescheinigung legitimieren können. Frei von jedem Erlaubniszwang ist nur der Einkauf für den eigenen Bedarf. Hier wird im allgemeinen ein Einkauf bis zu 20 Zentnern als Eigenbedarf angesehen werden können. Bei Einkauf größerer Mengen werden die persönlichen Verhältnisse des Käufers zu prüfen sein, da ein Einkauf von über 20 Ztr. bei den hohen Kartoffelpreisen nur für besonders große Familien in Frage kommt. Der Zweck der Verordnung kann nur dann erfüllt werden, wenn von allen beteiligten Stellen rücksichtslos durchgegriffen wird und unsäuerliche Elemente zur Anzeige gebracht werden. Der Oberpräsident empfiehlt, daß sich bei der Kontrolle des Kartoffelkaufs die Polizei mit dem Magistrat in Verbindung setzt.

Die immer wiederkehrenden Gerüchte und Anzeigen, daß in den Berliner Küchhäusern Hunderte von Zentnern Butter lagern und zurückgehalten werden, wollen nicht verkommen. Wiederholte eingehende Nachforschungen nach dieser Richtung hin haben jedoch nach einer Mitteilung der Abt. W. des Polizeipräsidiums die Hoffnungen dieser Gerüchte ergebnislos gemacht. Die tatsächlich in den Küchhäusern eingelagerten Buttermengen betragen nur einen geringen Bruchteil der Einlagerung früherer Jahre. Sie decken im Durchschnitt kaum den Bedarf des Großhandels für zwei Wochen. Durch annähernd gleichbleibende Ein- und Ausgänge werden die Bestände auf diesem Niveau gehalten. Diese Einlagerungen können nicht beanstandet werden, da sie nicht in der Absicht ungerechtfertigter Preissteigerungen erfolgen. Verdachtsgründe strafbarer Zurückhaltung liegen daher nicht vor.

Artur Reil geisteskrank?

Der bekannte Schriftsteller und Redakteur Artur Reil, gegen den eine ganze Reihe von Verfahren wegen Erpressung schweben und der sich seit längerer Zeit in Unterjuchungsgehaft befindet, stand gestern wegen Verbreitung unächtiger Schriften vor dem Schöffengericht in Roabit. Der Angeklagte, der schon vor Eröffnung der Sitzung einen völlig verstärkten Eindrud machte, erklärte, daß man ihn in Unterjuchungsgehaft verhaften wollte. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Baerwald, plädierte auf eine Verurteilung. Da Reil seit acht Tagen sich im Gefängnis weigere, die Nahrung anzunehmen und zwangsernährt werden müsse. Der Angeklagte sei offenbar geisteskrank, da er in der Wahnidee lebe, man sehe ihm vergiftete Speisen vor. Das Gericht entsprach dem Antrag der Verteidigung, verurteilte die Sache und beiloh, inwieweit Reil sechs Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes einer öffentlichen Anstalt zu überstellen.

Zu der Erschießung des Polizeioberwachmeisters Botschen wird mitgeteilt, daß dessen Leiche sowie die Leiche des Täters, des Russen Komonow gestern nachmittag von den Gerichtsarzten Gsch. Medizinalrat Prof. Dr. Strahmann und Medizinalrat Dr. Stürmer im Leichenhause obduziert worden ist. Bei dem Polizeioberwachmeister wurde ein Herzschuß festgestellt, der den unmittelbaren Tod herbeigeführt hat. Die Todesursache des Komonow ließ sich noch nicht einwandfrei feststellen. Die Nachforschungen, was der Tote hier in Berlin getrieben hat, und wo er sich zuletzt aufgehalten hat, haben noch zu keinem Aufschluß geführt.

Städtisches Gefrierfleisch als Preisregulator. Von dem Gefrierfleisch, welches die Ernährungsdeputation beschafft hat, sind wöchentlich etwa 150 Zentner von der Beschaffung abgenommen worden. Der Preis hierfür hat sich neuerdings wegen teureren Einkaufs auf 80-84 M. erhöht. Diese Preise haben auch beim Frischfleisch weiteren Steigerungen entgegengewirkt.

Kommunaler Obstverkauf. Im Raibaue zu Lichterfelde-Ost ist für September-November von der städtischen Verwaltung wieder ein Obstverkauf eingerichtet worden, der von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr stattfindet.

Gerdhildjüngling der Knackeltheaterjüngling. Am Sonntag, den 10. September d. J., findet in Wilhelmshagen bei Erfurt, Nähe Restaurant „Neuer Krug“, ein Gerdhildjüngling der Knackeltheaterjüngling, einberufen vom Zentralverband der Angehörigen, statt. Der Inhalt der Veranstaltung nachmittags 3 Uhr. Programm: Gborgelung, Rezitationen, Aufführungen uim. Dieser Gerdhildjüngling soll eine Rundschau der freigewerblichen Knackeltheaterjüngling werden; darum darf kein Knackeltheaterjüngling fehlen.

Das neue Abendprogramm des Unterhaltungsbarietes Berlin-Wien scheint sich diesmal auf die Veranschaulichung von männlicher Schönheit und Kraft, Kunst und Witz eingestellt zu haben. Von den 11 Abendnummern fallen allein acht dem harten Geschlecht zu und von diesen wieder nicht weniger als vier der Weiblichkeit. Der Schwergewichtsmecher Kiaz vertritt es, keine ausgezeichneten weiblichen Reizanten mit einem nachvollziehbaren Humor zu umgängen. Die 5 Carras (olympische Spiele) und die 3 Appalons (Quailbillen) arbeiten mit absolut sicherer Technik und überaus hohen Nuanzen tadellos, wenn man auch mitunter die letzte Spielendfedernde Grazie vermisst. Oskar Burger ist ein laubhaft geschilderter, schlängeliger und humorvoller Bühnenbildner und Improvisator, der niemandem die Antwort schuldig bleibt. Ihm sei aber dringend geraten, nicht die Linie zu überschreiten, wo er den Nationalisten möglicherweise wenn man einem subtilen Selger wie dem Polen Wikario Raum gibt, soll man ihm auch für 10 Minuten Ruhe verschaffen, sonst muß unter Teller- und Gläsergeräusch die Nummer dem Künstler wie dem feineren Teil des Publikums zur Qual werden. Höchst amüsan ist die drohliche und humorvolle, in den gesamten Oeben- und Operntheatern verblüffend heimliche Lottie Knauer. Hans Wend vertritt es, durch bestellte Kostümierung und wohlklingenden Sopran prüfende Zweifel an seiner „Wandbild“ zu erwecken und John Wagners erinnert den schon bekannten Reisespieler einige neue bemerkenswerte Seiten ab.

Jugendveranstaltungen.

Abt. W. Hochwelder laut Rundschreiben des Bezirksvorstandes vom 28. August haben aus die 1. Vorabend- und die Kreisvereinigungen zu den Bezirkskonferenzen Zutritt (nicht, wie bekannt war, die 1. und 2. Vorabenden).

Heute, Freitag, den 8. September:

Vorabend. Jugendheim: Gemeindefest, Triffelsche. Vortrag: „Ehre Gilt die Anglisten.“ — Abt. W. Jugendheim: Oberrichter, 18. Vortrag: „Der Weg.“ — Abt. W. Jugendheim: Oranauer Str. 2. Vortrag: „Sonntag eines Großbauers in der Natur.“ — Landberger Verein. Jugendheim: Borndorferstraße. Vortrag: „August Fabel.“ — Abt. W. Jugendheim: Gemeindefest, Waldstraße. 21. Vortrag: „Solltollmus und Waidmann.“ — Riederhofbauverein. Jugendheim: Gemeindefest, Waidmannstraße. Vortrag: „Ehre Gilt die Anglisten.“ — Abt. W. Jugendheim: Waidmannstraße. Vortrag: „Ehre Gilt die Anglisten.“ — Abt. W. Jugendheim: Waidmannstraße. Vortrag: „Ehre Gilt die Anglisten.“

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch reichlich, Geschäft still. Fische etwas stärker, Geschäft reger. Obst und Gemüse ansehnlich. Geschäft flott.
Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Rindfleisch 65-88 M., ohne Knochen 90-112 M. Schweinefleisch 128-176 M. Kalbfleisch 80-115 M. Hammelfleisch 75-115 M. Rinderzettel 210-225 M. In Ess: Aale 95-130 M. Pfützen 40-45 M. Eier 12,50 M. das Stück Naturbutter 225-250 M. Margarine 175-198 M. Schweinefleisch 225-255 M. Kartoffeln 84-95 M. zahn Pfund. Weizkorn 5 M. Weizenkorn 6,50-7 M. Spinat 9-11 M. Rotkohl 6-7,50 M. Blumenkohl 10-25 M. der Kopf. Wachsbohnen 18-20 M. Grüne Bohnen 16-18 M. Mohrrüben 5-6 M. Salat 3,50 M. der Kopf. Pflaumen 7 bis 18 M. Johannisbeeren 12 M. Pfirsiche 22-25 M. Äpfel 10-14 M.

Aus der Partei.

Auer und Arco. Genosse Erhart Auer veröffentlichte die Lage in der „Münchener Post“ folgende Erklärung:
„Von befreundeter Seite werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß eine Notiz des Herrn Abgeordneten Dr. Heim durch die Presse geht, in der mitgeteilt ist, daß ich dem Grafen Arco einen Rosenkranz geschenkt habe. Graf Arco und ich lagen nach den verhängnisvollen Februartagen 1919 monatelang in der Chirurgeschen Klinik. Jeder hatte mehrmalige Operationen zu überstehen. Nach einer sehr schweren Operation — ich glaube, es war 1920 — habe ich Arco als Erwidierung einer Aufmerksamkeit einen Blumenkranz geschenkt. Ich vermag auch heute nicht zu finden, daß diesem reinen Menschlichkeitsakt, den selbst fanatisher Wahnwitz kaum als eine Billigung der verabscheuungswürdigen Tat ausdeuten wird, irgendeine politische Bedeutung beizumessen ist.“

Die Tatsache, daß Genosse Auer den Eisner-Wörter solcher Aufmerksamkeit würdigte, hat begreiflicherweise scharfe Angriffe auf ihn zur Folge gehabt. Die Münchener Parteileitung hat nun, wie T. L. meldet, die Einberufung einer außerordentlichen Generalsversammlung beschlossen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen soll.
Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß Genosse Auer durch jenen Inimical-dramatischen Akt irgendwelche Sympathie mit der Tat Arcos zum Ausdruck bringen wollte. Auer war am selben Tage wie Eisner gleichfalls Opfer eines Unfalls geworden und rang dann monatelang mit dem Tode. Als Politiker hätte er bei ruhiger Überlegung zweifellos eine handlungsweise vermeiden müssen, die über Auslegungen Tür und Tor öffnet und die in ihrer Selbstamkeit eben nur aus seinem damaligen Zustand erklärt werden kann.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.
Nächste Sitzung: Sonnabend, den 9. September, abends pünktlich 6 Uhr, im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3.

Die Mitglieder und Abteilungsführer werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß in unserem Bureau noch ein Posten Partischreiben zum Preise von 15,00 M. vorhanden ist. — Da die nächste Sendung (hon zum Preise von 25,00 M. pro Stück verlastet werden muß, empfiehlt es sich, daß die Genossen jetzt noch ihren Bedarf beden. Alex Pagels.

- 6. Arco (Rosenkranz). Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr ernannte Kreisvorstandsbesprechung bei Heim, Arbustr. 29. — Abt. W. Sonnabend 6 1/2 Uhr in sämtlichen Sälen des Gewerkschaftshauses, Engelauer: Grobes Gedächtnis.
- 9. Arco (Wunderberg). Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr 2. Abend der Lesegemeinschaft „Reue sozialistische Literatur“ in der Oberrealgymnast an Seppstr. 1. Zimmer.
- 3. Arco (Wedding). Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde! Sonntag: Ausflug mit den Kindern nach Wildberge, Lokal „Zum alten Freund“. Treffpunkt: Gruppe Humboldthof an der Himmelshofkirche (Nunnenstraße), Gruppe Schillerpark an der Schul. Ecke Wallerstraße pünktlich 7 Uhr morgens. Rundvortrag und Trinfelder mildernden. Eltern sind hierzu herzlich eingeladen!

Heute, Freitag, den 8. September:

- 26. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Elternbeiräte bei Hobs, Kolonnenstr. 13.
- 28. Abt. 7 1/2 Uhr bei Widmann, Weißburger Str. 1, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvertrauensleute.
- 27. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärenkonferenz der Pfeifer, Hausburgstr. 2. Die Vertrauensleute der Beamten sind besonders eingeladen.
- 81. Abt. (Feierabend), 8 Uhr Nachbesprechung bei Uhlich, Hausburgstr. 8.
- 125. Abt. (Kreuz), 8 Uhr Mitgliederbesprechung und Schlußabend bei Terub, Tafelstr. 6.

Morgen, Sonnabend, den 9. September:

Charlottenburg-Spandan. Die juristische Gesellschaft beginnt am 15. September, — 12. Abt. 8 Uhr Parteikonferenz bei Hobs, Berliner-Aqueduct-allee 22. — 26. Abt. 7 1/2 Uhr Parteikonferenz-Sammlung bei Hobs, Kantstraße 54.

Gruppe. 7 1/2 Uhr Gruppenkonferenz im Gewerkschaftshaus, Kaiser-Eda-Chausseestraße. Vortrag: „Die Zensur und ihre Folgen“; Ref.: Genosse Buchholz, Berlin.
Ueberrnorgen, Sonntag, den 10. September:
Vortrag (Gruppe Kollbach). 4 Uhr nachm. Gruppenkonferenz, vorher öffentliche Verlesung; Ref.: Genosse Rieffe, Berlin. — 2. Abt. 10 Uhr nachmittags Gruppenkonferenz in Neuenhagen; Ref.: Genosse Köpfer, Neuenhagen. — 3. Abt. 8 Uhr nachm. Gruppenkonferenz bei Hantsch, Elternbeiräte müssen erscheinen!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.
Der Allgemeine städtische Lesekreis „Die Heimatswanderer“ t. u. veranstaltet am 9. und 10. September seinen diesjährigen Heimatwandererabend in Friedrichsberg 1. b. West. Abfahrtszeiten derzüge: 3.15 und 8.15 Uhr ab Schlesischer Bahnhof.
Der Arbeiterverein „Rückwärts“ Charlottenburg hält von jetzt ab wieder regelmäßige Versammlungen von 7 und 8 Uhr Sonntag im Vereinslokal, Restaurant: Thunau, Bismarckstr. 4. ab. Nächste Versammlung Sonntag, 10. September, abends 7 Uhr.

Arbeitersport.

Freie Schwimmer Neukölln. Sonntag, 10. September, nachm. 3 Uhr, im Sommerbad: Wässern des Vereins. Gäste sind herzlich willkommen.
Arbeitersport-Verein Selbstkritik Berlin. 1. Abt.: Sonntag früh 6 Uhr Schwimmen. Nachm. 1 Uhr Nachbesprechung. Start bei Wiener. — 2. Abt.: Sonnabend Außenbad. Start: Pfander 60 bei Unter.
Volkshilfsgesellschaft z. B. Reichshilfsgesellschaft. Männer-, Frauen- und Jugendabteilung. Training: Dienstag, Donnerstag abends und Sonntag vormittags auf dem „Völkchen“-Sportplatz in Treptow, Eichbuschallee. Geschäftsstelle: G. Beina, Neukölln, Weißstr. 9.

Sport.

- Rennen zu Grünwald am Donnerstag, den 5. September.
1. Rennen. 1. Waldung (O. Schmidt), 2. Tasso (Keller), 3. Tanti Thomas (Behr). Toto: 21; 10. Platz: 11, 87, 82; 10. Ferner liefen: Luch, Diadi, Eotmenläng, Amor, Jaleider, Anteric, Rajus, Prinz, Sultan, Gebüll.
2. Rennen. 1. Rada (Brandis), 2. Saluppe (Rosina), 3. Tapp (Weg). Toto: 43; 10. Platz: 15, 14, 13; 10. Ferner liefen: Vöckl, Siegfried, Waldsiedl II, Jock Offenbi, Sanft Raven, Metronom, Granofa, Schabe (gl.).
3. Rennen. 1. Abtrot (O. Schmidt), 2. Holtram III (Ranes), 3. Simon (O. Schmidt). Toto: 17; 10. Platz: 12, 17; 10. Ferner liefen: Schlingel, Jock II.
4. Rennen. 1. Rothorn (Diehl), 2. Stume nicht (Kollenderger), 3. Fenburg (Bleuler). Toto: 75; 10. Platz: 19, 20, 20; 10. Ferner liefen: Anlag, Garbas-Orest, Barroina, Naßwin, Kammerlänger.
5. Rennen. 1. Sommerhof (Zimmermann), 2. Blücher (Diehl), 3. Glückfind (Guguenin). Toto: 40; 10. Platz: 17, 22, 21; 10. Ferner liefen: Kamille, Landratte, Uffehard, Centralgalt, Chicoeur, Winesha.
6. Rennen. 1. Ordensjäger (Diehl), 2. Damentag (Tarras), 3. Verlies (O. Schmidt). Toto: 20; 10. Platz: 14, 21; 10. Ferner liefen: Abenteurer, Heißigt.
7. Rennen. 1. Ceres (Kollenderger), 2. Ure II (Kollenderger), 3. Zeng (Blaudinger). Toto: 40; 10. Platz: 20, 83, 29; 10. Ferner liefen: Dagobert, Rime, Mondäne, Her, Wädinger, Contraher, Niederich, Habamera, Tercedes, Wölfi.

Auf der Olympiadebahn startet am kommenden Sonntag der neue Meister Willy Lorenz im offenen Hängerrennen. Walter Ritt, Eugen Stöck, Willy Abend und weitere 25 Fahrer sind zu den Rennen verpflichtet. Außerdem findet ein großes Rennen der B-Klasse statt. Dieser sind Scherfeld, Hoffmann, der Seine Jücker, Eßling (Wogelberg), Sturm (Wagenburg) und Beert (Eisler) verpflichtet worden. Es werden zwei Ränge über 25 und 20 Kilometer gefahren. Die Rennen beginnen nachmittags 3 Uhr.

Hängerrennen. Der Berliner Hängerrennen-Klub (B. H.) eröffnet am Sonntag, 10. September, 7 1/2 Uhr nachm., auf der Rennbahn Grünwald (Eingang I. Platz) die Herbstkampagne mit einem herzerregenden zusammenfassenden Programm. Zur Auflockerung gelangen 7 verschiedene Rennen und 2 Hindernissen, ausgestattet mit 7 Oberreitern und 9000 M. Geldpreisen. — Das nächste Rennen findet am Sonntag, 24. September, statt; weitere am 15. und 22. Oktober (Schluß der Rennsaison 1922); sämtlich auf der Rennbahn Grünwald.

Wetter bis Sonnabend mittag. Ziemlich still, überwiegend bewölkt und im Süden weit verregnet, im Norden nur vereinzelte leichte Regenschauer.

Entlohnung der höheren Beamten

Von G. Renzel, Minifertatrat.

Aus Gründen der Objektivität veröffentlichen wir die nachfolgenden Ausführungen eines höheren Beamten. Es ist nicht beabsichtigt, damit eine fortlaufende Auseinandersetzung der verschiedenen Meinungen über die Beamtensoldung neu zu eröffnen.

Der „Vorwärts“ hat sich in der letzten Zeit zweimal ausführlich mit der Arbeit und Entlohnung der höheren Beamten beschäftigt. Vor mehreren Monaten brachte er Ausführungen über die Leistungen der höheren Beamten, die nicht zutreffend waren. Damals wurde es so dargestellt, als ob die Arbeit der höheren Beamten darin bestünde, täglich ein bis zwei Stunden seinen Namen zu setzen unter Arbeiten, die die mittleren Beamten ihm vorlegen. Wer aber die Arbeit der höheren Beamten wirklich kennt — und namentlich der Parlamentarier wird sie beurteilen können — dem dürfte das Unzutreffende dieser Behauptung nicht erst nachzuweisen sein. Aber auch rein zahlenmäßig läßt sich die Befolgung der höheren Beamten nachweisen. Der Aufgabekreis aller Reichs- und Staatsministerien ist in und seit dem Kriege gewachsen, ohne daß die Zahl dieser Beamten vermehrt wurde. Im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung z. B. betrug die Zahl der Eingaben im Jahre 1913 101 080, im Jahre 1920 dagegen 151 045. Der um 50 Proz. gesteigerte Geschäftsverkehr mußte von genau derselben Anzahl von höheren Beamten bewältigt werden.

Jetzt hat nun Genosse Krüger in Nr. 406 dieses Blattes vom 29. August d. J. sich mit der Beamtensoldung im allgemeinen und mit derjenigen der höheren Beamten besonders beschäftigt. Zunächst ist es ein Irrtum, wenn er behauptet, durch die Neuordnung der Gehälter am 1. April d. J. sei die bis dahin auch von ihm beanstandete Minderbefolgung der höheren Beamten beseitigt. Zu diesem Zeitpunkt wurde z. B. die 3. Gehaltsgruppe (Unterbeamte) im Anfangsgrundgehalt um 3500 Mk., im Endgehalt um 5000 Mk. erhöht, die 7. Gruppe um 4000 und 4500 Mk., die 12. dagegen nur um 2000 Mk. und 3000 Mk., die 13. Gruppe und die Einzelgehälter erfahren in ihren Grundbezügen dagegen überhaupt keine Erhöhung. Und es ist vielleicht auch dem Genossen Krüger nicht unbekannt, daß die Reichsverwaltung in diesem Sommer folgendes feststellt hat: Das Dienstentkommen der untersten Gruppen betrug 1922 bis zu 80 und mehr Prozent der Bezüge, die ihnen im Sommer 1914 gewährt wurden, dasjenige der 13. Gruppe aber erreichte nur 28 bis 30 Proz. dieses Betrages. Haben also die höheren Beamten wirklich kein Recht, sich benachteiligt zu fühlen, muß wirklich, wie G. Krüger schreibt, „mit aller Entschiedenheit den Versuch der höheren Beamten, sich auch jetzt noch als benachteiligt hinzustellen, entgegengetreten werden“? Und wenn nun Genosse K. die staatlichen Gehälter der höheren Beamten als völlig ausreichend ansieht, wie mag er sich dann erklären, daß die Städte, trotz ihrer großen Finanznöte, diese Beamten noch weit höher bezahlen? So sagte mir kürzlich der Regierangs- und Schulrat einer großen Regierung im Westen: „Ich werde nach Gruppe 11 befordert, der Stadtschulrat meines Wohnortes, der mir unterstellt ist, wird von der Stadt 2 Stufen höher eingeordnet und nach 13 befordert“ und wie ist es in Berlin? Soeben sind hier 2 Stadtschulinspektoren aus dem sächsischen Dienst in das neue Provinzialschulkollegium übergetreten und dabei zu Regierangs- und Schulräten befördert worden. Und diese Beförderung bezahlen sie mit einem Ausfall an Gehalt, der sich in einem Falle nach den jetzt geltenden Sätzen auf jährlich über 24 000 Mk. beläuft! Um diese Summe hat also die Stadt Berlin den Beamten eines niederen Ranges höher bezahlt als der Staat den Beamten höheren Ranges. Ich könnte diese Beispiele gerade auch aus Berlin beliebig vermehren. Vielleicht beschäftigt sich Genosse K. als Stadtverordneter einmal mit diesen Dingen, dann wird er vielleicht über die Befolgung der höheren Beamten im Staat und Reich anders urteilen. Denn wenn die Städte die Beamten höher bezahlen, so tun sie es doch wohl, weil es unbedingt notwendig und sachlich gerechtfertigt ist. Was daraus für die staatlichen Beamten folgt, mag sich jeder selbst sagen!

Die Frage der Befolgung hat aber noch eine allgemeine Bedeutung. Genosse K. deutet sie an, wenn er davon spricht, daß durch eine ungenügende Befolgung die Demokratisierung der Verwaltung erschwert wird. Diese Gefahr ist heute noch lange nicht behoben, wie Genosse K. zu glauben scheint. Die Demokratisierung aber liegt nicht in erster Linie in der Hand der unteren und der mittleren, sondern zu 99 Proz. in der Hand der höheren Beamten. Ist es klug, sie durch Ausführungen dieser Art der stärksten Partei im demokratischen Staate, dem Hauptträger des demokratischen Gedankens zu entfremden? Denn auch die höheren Beamten kämpfen unter den angeführten Umständen einen schweren wirtschaftlichen Kampf. Man verzeihe doch nicht, daß erhöhte Bildung auch erhöhte Bedürfnisse erzeugt. Je größer aber die Not der Beamtenschaft wird — und das gilt für alle Gruppen — um so leichteres Spiel haben diejenigen, die ihnen mit einer Umänderung der heutigen Staatsordnung die besseren wirtschaftlichen Verhältnisse der

Vergangenheit versprechen. Sodann, und das gilt wieder vornehmlich von den höheren Beamten: kann es uns gleichgültig sein, ob wir die tüchtigsten Kräfte aus dem berufsmäßig vorgebildeten Beamtentum für Reich und Staat gewinnen, oder ob wir uns hier mit denjenigen begnügen müssen, die (aus leicht begreiflichen Gründen) wo anders nicht unterkommen? Genosse K. ist im Irrtum, wenn er glaubt, die Angleichung der Befolgung für die höheren Beamten an die Befolgung in den freien Berufen sei jetzt erreicht. Hat er nichts gehört von den Klagen der Reichs- und Staatsverwaltung, daß ihnen die besten Kräfte davonziehen?

Man darf nicht sagen: die höheren Beamten beziehen im Vergleich zu den mittleren und unteren Beamten ausreichende Gehälter, sondern es muß heißen: die mittleren und unteren Beamten haben im Vergleich zu den oberen Beamten zu wenig. Wenn man aus diesem letzten Satz die Folgerung zieht, kommt man der Lösung der Frage nahe.

Große Not

erleidet durch die Teuerung bei einem Teil unserer Mitglieder. In finanzieller Not befindet sich aber auch die politische Organisation.

Die Beiträge müssen erhöht werden. — Das läßt sich aber nicht gut sofort machen. Die Löhne und Gehälter der Mitglieder müssen erst wieder entsprechend erhöht werden.

Freiwillige Extrabeiträge

der besserbezahlten Genossen können uns bis zur ordentlichen Beschlussfassung über die Erhöhung der Beiträge hinweghelfen.

Opferwillige Mitglieder

zahlen diese ein auf Postcheckkonto Berlin, Nr. 48 743 an Alex Pagels, SW 68, Lindenstraße 3.

11. Verbandstag der Transportarbeiter.

Berlin, 7. September.

5. Verhandlungstag.

Die Sitzung wird um 8 1/2 Uhr von Dr. Mann-Berlin eröffnet und dann das Referat Bender zur Diskussion gestellt.

Nach Beendigung der Aussprache geht der Referent Bender auf einige Ausführungen der Diskussionsredner ein. Er weist die Behauptung zurück, daß der Achtundzestag nicht durchgeführt werden könne. Wo das der Fall sei, liege es an den Arbeitern selbst.

Besonders wandte der Referent sich gegen die Ansichten, den Kampf mit Gewalt gegen das Kapital aufzunehmen. Welche Folgen hieraus entstehen würden, zeige sich in Italien und Russland. In Italien habe die Theorie der Gewalt auf der Gegenseite die Faschistenbewegung hervorgerufen, die ihrerseits der proklamierten Gewalt die Gewalt entgegenstelle, und in Russland habe diese Theorie wirtschaftlich eine totale Niederlage erlitten. Es zeige sich dort, daß einer alten Wirtschaftsform die neue nicht mit Gewalt aufgepfropft werden könne.

Die Durchführung des Sozialismus müsse durch Erziehungsarbeit bewirkt werden.

Die vorliegenden 9 Anträge zu dem 5. Punkt der Tagesordnung fanden ihre Erledigung, indem sie teils durch den Gang der Verhandlung als erledigt betrachtet, teils nach dem Antrag der Statutenkommission dem Vorstand bzw. der Reichskonferenz der Transportarbeiter überwiesen wurden.

Dann wurde vom Verbandstag gegen vereinzelt Stimmen eine Entschließung angenommen, welche

Die Lohn- und Tarifpolitik

des Vorstandes billigt, die Funktionäre und Mitglieder verpflichtet, beim Abschluß der Verträge keine Rechte der Arbeiter preiszugeben und keiner Durchbrechung des Achtundzestages zuzustimmen. Ferner wird gegen den beabsichtigten Lohnabbau scharfsten protestiert und der Vorstand ersucht, mit ganzer Kraft für die wirtschaftlichen Rechte der Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer und die Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens einzutreten.

Eine zweite Entschließung, die sich gegen die Lohn- und Gehaltspolitik der Regierung wendet, gelangt ebenfalls gegen wenige Stimmen zur Annahme.

Hierauf richtet Lindeu-Stockholm vom Schwedischen Transportarbeiterverband eine Ansprache an die Delegierten, in der u. a. erklärte, daß während des Krieges und auch kurze Zeit nach diesem die Stimmung in Schweden gegen Deutschland gewesen sei, jetzt aber in das Gegenteil umgeschlagen habe. Man habe dort eingesehen, daß es für Deutschland unmöglich sei, den Verkauf von Waren zu erfüllen, der rund 132 Milliarden Mark veranlasse, eine Summe, die den achteinhalbfachen Wert allen Reichtums Schwedens übersteige. Ueber den 4. Punkt der Tagesordnung:

Der organisatorische Neuaufbau des Verbandes.

referierte der Verbandsvorsitzende Schumann-Berlin.

In seinen eingehenden Ausführungen schilderte der Redner die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, kennzeichnete ihre Gliederung in berufliche Organisationen und kam schließlich zu der Forderung, daß alle auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten sich zusammenschließen und ein Gebilde schaffen müßten, das sämtliche Organisationen

zu umfassen hätte. Hierfür einzutreten sei dringend notwendig, da sich neuerdings Bestrebungen zeigten, alle in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben Angestellten gesondert zusammenzufassen. Das würde eine Lösung von der in Privatbetrieben tätigen Arbeiterschaft, also eine Zerplitterung bedeuten. Vor dieser müsse gewarnt werden. Von der Schaffung einer Einheitsorganisation für die gesamten Berufe im Verkehrswesen könne nicht abgesehen werden, dies auszuführen bleibe die Lösung des Verbandes. Schon die Konferenz der Bau- und Ortsvorstände vom 8. September 1920 habe sich hierfür ausgesprochen. Und es sei als ein erfreuliches Zeichen zu begrüßen, daß der DGB sich ebenfalls für eine Einheitsorganisation erklärt habe.

Dem Verbandstag liege nun der Antrag des Vorstandes vor, die Einheitsorganisation unter dem Namen „Deutscher Verkehrs- und Arbeiterbund“ zu beschließen, eventuell auch über die vorliegenden Satzungen zu befinden.

Nach dem Referat Schumanns wurden die weiteren Verhandlungen auf Freitag 9 Uhr vormittags vertagt.

26. Deutscher Ortskrankenkassentag.

Schlussbericht.

SW. Karlsruhe, 5. September.

Am letzten Konferenztag wurde zuerst vom Abteilungsleiter C. Rieger-Berlin das Reichsvorordnungsgebot behandelt, wobei er den Bürokratismus in den Versorgungsbehörden kritisierte, der hauptsächlich von den darin befindlichen ehemaligen Offizieren herbeigeführt wird. Das Reichsarbeitsministerium hat sich der Pauschaleinführung verschrieben. Das bürokratische System des langwierigen Verhandlungsvorganges verhindert die rasche Durchführung der Heilversuche. Die Feststellung des Grundlohns bei den Beschädigten ist unmöglich. Noch viel weniger ist es bei den Beschädigten möglich, die Einkommensminderung festzustellen. Es ist deshalb nicht zu versprechen, warum die betreffenden Bestimmungen aufrecht erhalten werden. Die Krankenkassen verlangen mit Recht, daß ihnen

die Durchführung des Heilversuchs möglichst gemacht wird. Grundsätzlich hält der Verbandstag daran fest, 1. daß Barleistungen für Zugeteilte von den Versorgungsbehörden unmittelbar und nur die Krankenpflege und die Krankenhauspflege von den Krankenkassen zu gewähren sein soll; 2. daß den Beschädigten bei einer durch Dienstbeschädigung herbeigeführten Arbeitsunfähigkeit die Vollrente samt den entsprechenden Teuerungszuschlägen zustehen muß mit der Maßgabe, daß Versicherten das ihnen von ihrer Krankenkasse fahungsmäßig zu zahlende Krankengeld anzurechnen ist. Das bisher vorgelehene Erfordernis einer nachzuweisenden Einkommensminderung hat wegzufallen. In der Frage der Rechtshilfe müssen sich die Herren Bürokraten in den Amtsstuben daran gewöhnen, daß die Krankenkassen nicht die Rückenbrödel sind, zu denen sie sie gern machen möchten.

Die vorgelegten Anträge auf eine durchgreifende Abänderung des Reichsvorordnungsgebotes wurden einstimmig angenommen.

Präsident Fröhndorf-Dresden berichtet über die

Reorganisation des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, deren neue Satzungen vor allem die straffere Zusammenfassung der Kassen ermittel. Die nützliche Tätigkeit der Landesverbände wird hierdurch nicht erschwert. Nicht Überzentralisation, sondern Ausbau und Befestigung der Tätigkeit des Hauptverbandes ist die leitende Idee der Satzungsänderung. Durch die Satzung wird angeregt, daß die Verbandstätigkeit in den Bezirken der Oberversicherungsämter eine stärkere wird und vor allem eine regere Fühlung eintritt. Auch soll nun die Möglichkeit gegeben werden, daß in den Bezirken Geschäftsführer angestellt werden, die von den Landesverbänden angestellt werden.

In der Aussprache beantragt Gauer-Stuttgart-Vertagung der Satzungsänderung, da die württembergischen Krankenkassen die Verantwortung für die Satzungsänderung nicht tragen könnten. — Präsident Fröhndorf-Dresden erklärt in seinem Schlusswort, daß er kein Vertrauen zu Krankenkassen habe, die, wie in Württemberg, durch Sonderabkommen mit den Kassen die Krankenkassen schwer schädigen. Wir sind davon überzeugt, daß die übrigen Württembergern zum Hauptverband stehen werden. Stuttgart möchte sogar, ohne Erfolg allerdings, den Hauptverband Sprengen und einen besonderen sächsischen Verband gründen. (Zwischenruf: Unerbittlich!) Wir sind mit den Stuttgartern loyal verfahren. Sie haben keinen Landesverband; dagegen sind sie in einem Verband mit den Betriebs- und Innungskassen. (Hört, hört!) Von Stuttgart aus wollte man Zwietracht in die Versammlung bringen. Die 50 Pf. brauchen wir für die Organisation, nicht zum Heilmittelverkehr; denn für diesen haben wir einen Kredit bei der sächsischen Staatsbank erhalten.

Die Satzungsänderung wird mit allen gegen 1 Stimme angenommen. Der Antrag auf Zahlung eines nachträglichen Beitrages von 50 Pf. wird einstimmig angenommen. Für das Jahr 1923 wird einstimmig ein Beitrag von 30 Pf. bestimmt.

Der Hauptvorstand

wurde in einstimmig vorgenommener Wahl wie folgt nominiert: Präsident Fröhndorf-Dresden, Vorsitzender; Fabrikant Uhlig-Dresden Stellvertreter der Vorsitzenden; Stadtrat Kirchoff-Dresden Stellvertreter der Vorsitzenden; Buchdruckereibesitzer Ahrens-Charlottenburg Beisitzer; Direktor Albert Lohn-Berlin Beisitzer; Rechtsanwalt Dr. Rünberg-Rürnberg Beisitzer; Kassenoorsteher Gans-Hamburg Beisitzer; Betriebsleiter Sieberts-Düsseldorf Beisitzer; Kassenoorsteher Dreholer-Mönchengladbach Beisitzer; Landtagsabgeordneter Schölich-Breslau Beisitzer; Kassenoorsteher Dorisch-Frankfurt a. M. Beisitzer; Kassenoorsteher Hof-Karlsruhe Beisitzer.

Als Ort der nächsten Tagung wurde nach erfolgter Einladung Hamburg bestimmt. — Damit sind die Beratungen des Krankenkassentages geschlossen, nachdem noch Präsident Fröhndorf in seinem Schlussrede den Gastgebern den Dank der Versammlung ausdrückt.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf zu mäßigsten Preisen
Koch & Seeland G. M.
Gertraudenstraße 20-21.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kleinverwalter
Gustav Hoffmann
Zwinnmüllerstraße 55
am 2. September gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. d. M., nam. 11 Uhr, im Krematorium Berlin-Griehstraße, statt.
Ferner den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Karl Günther
Hohenlohestraße 17
am 2. September gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Samstag, den 3. September, nam. 10 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Kiebitzstraße, statt.
Seine letzten Wünsche:
Keine Beerdigung erachtet
195-14
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85.
Geschäftszeit vom 9 Uhr die nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 833, 834, 885, 886.
Freitag, 8. Septbr., abends 6 Uhr
in der Schule, Weinmehlstraße 15-16
(Zweckloshaus).

Versammlung
aller in der Fachgruppe der vereinigten Wicklerien und Motorenfabriken Beschäftigten.
Tagesordnung: 1. Bericht über die am 3. September stattgefundene Lohnverhandlung. 2. Verschiedenes.
8-10 Uhr: Erscheinen aller organisierten Wicklerinnen und Kollegen im Platz-Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
125/15
Die Ortsverwaltung.

Gummi

Damenbinden 25 u. 40 St., burchschl. 6 und 9 St., Schwämme von 4 St. an, Waren aller Art, sehr billig.
Fieberthermometer, gestülpte, 40 u. 60 St., Bade- u. Zimmer-Thermometer 10 St., Icecylinder sehr billig, hochleuchte Portimeter von 6 St. an, Gau de Cologne, 12 u. 60 St., Koptwasser von 12 St. an, Gantierema 3 und 6 St., Zahnpasta 20 St., 6 u. 15 St., Zahnpulver 1 u. 4 St., Insektienpulver 1 St., Negerlanger 1 1/2 St., Wäschelbän 1 St., Gansbattelle sehr billig, Toilettenstiele von 7,50 St. an, Salicylthermometer 3 u. 6 St., Tabakpapiere 3 St., Canotin 25 u. 1 St., Mundwasser-Zahnbürsten 3 St., 6 St., 10 St., 15 St., 20 St., 25 St., 30 St., 35 St., 40 St., 45 St., 50 St., 55 St., 60 St., 65 St., 70 St., 75 St., 80 St., 85 St., 90 St., 95 St., 100 St., 105 St., 110 St., 115 St., 120 St., 125 St., 130 St., 135 St., 140 St., 145 St., 150 St., 155 St., 160 St., 165 St., 170 St., 175 St., 180 St., 185 St., 190 St., 195 St., 200 St.

Generalvertretung und Lager: Adolf Reimshüssel, Berlin S. 42, Luisenauer 40.

Reine Terpentinöl-ware

Schuhputz Nigrin
ist und bleibt mit Garantieblatt.

Generalvertretung und Lager: Adolf Reimshüssel, Berlin S. 42, Luisenauer 40.

Suche zur Selbstverwertung
Edelsteine und Edelmetalle
zu höchsten Preisen
G. Schlehacke, Juweller
Friedrichstraße 210
Ecke Kochstraße.

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelbe, Uhren, Ketten, Ringe
sowie edelm. Almetalle kauft zu Engrospreisen
Roseneck, Berlin O.
Schreinerstraße 32 (Laden)
1 Minute vom Hof-Frank-Allee
— Fahrplangverk. —
Größtes Abnahmegerbiet für Händler

Gold, Silber- & Brillanzen
Platin, alle Münzen
Uhren, Zahngebisse
Hohe Ankaufpreise

Hodam
Linkstraße 46
Ecke Potsdamer Str. und Potsdamer Platz.

Stottern
garant kein Sprechfehler, nur Angst beseit. n. 20 Min. glanz. begutachtet. Lehre, kein Apparat! Ausk.: O. Hausdorfer, ehem. schwer. Stot. Breslau 1. A. 132.

Weinberger Brunnenstr. 25 Schuh-Fabrik
Detailverkauf von Herren-, Damenstiefeln und -schuhen zu Fabrikpreisen.

Die Not der Presse.

Beratungen im Reichsrat.

In seiner gestrigen Vollversammlung beschloß der Reichsrat ausführlich mit Maßnahmen gegen die Not der Presse. Anschließend gab eine Rede, die Herr Lening, der Vertreter Westfalens, vor. Eintritt in die Tagesordnung hielt und in der er darauf hinwies, daß ohne entscheidende Maßnahmen die Zeitungen bis auf ganz verschwindende Ausnahmen zum Untergang verurteilt sind. Die bisher geleistete Hilfe, die lediglich eine Senkung des Papierpreises um 2 M. pro Kilo brachte, sei unzureichend. Er verlangte die Herabsetzung der Inkeratensteuer und des Papierpreises.

Ein Vertreter der Rheinprovinz, Landesgerichtsrat Schumacher, hielt es für notwendig, daß die Presse selbst zu Sparmaßnahmen gezwungen werde, insbesondere müßte die Nacht- und die Sonntagsarbeit verboten werden.

Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt, legte in einer großzügigen Rede die Schwierigkeiten der Presse noch eindringlicher dar wie die beiden Vorgänger. Um die Presse für Druckpapier zu senken, gäbe es nur noch den bisherigen Bestimmungen die Möglichkeit, Zwangsmandate einzuführen, oder auch ihr Erfolg sei fraglich. Genosse Schmidt wies darauf hin, daß

die großen Blätter auf einen Abonnementpreis von 500 Mk. kommen müßten, wenn sie mit den jetzigen Preisen weiterarbeiten könnten. Kleine Maßnahmen, zu denen auch die Zwangslandzierung der Holz- und Zellstofffabrikanten gehöre, könnten nicht durchgreifend helfen, große Gesichtspunkte müßten in den Vordergrund gestellt werden. In Arbeiterkreisen und in den Mittelklassen der Bevölkerung können die hohen Abonnementpreise nicht mehr gezahlt werden. Notwendig sei eine Ermäßigung der Holzpreise, die deswegen so schwierig sei, weil die Länder an dem finanziellen Entzug der Holzgewirtschaft interessiert sind. Es frage sich nun, welcher Weg gangbar sei, nämlich ob der, daß die Regelungen der Einzelländer 1) hoch bereit finden, ein bestimmtes Quantum Holz zu ermäßigten Preisen für Holzschiff- und Zellstofffabriken zur Verfügung zu stellen, oder der frühere Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums, eine erhöhte Abgabe zu erheben, um damit den Fonds zur Unterstützung der Presse vergrößern zu können. Die Preissteigerungen am Holzmarkt seien ungläublich und einlen über die Steigerungen des Dollars hinaus. Man beschloß diese Beratung mit der Anregung, besondere Informationen den einzelnen Ländern zuzuehen zu lassen.

Am Abende erlosch der Reichsrat einige kleinere Vorlagen. Angenommen wurde eine Verordnung über die Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung auf die Rindfleischmüllerei, und zwar in der von den Ausschüssen beschlossenen Fassung, daß an der öffentlichen Brotversorgung vom 16. Oktober d. J. an nur noch diejenigen teilhaben sollen, deren Einkommen im Jahre 1921 30 000 M. nicht übersteigt hat, wozu noch für jeden Anwohner des Haushalts ein Betrag von 15 000 M. ausgerechnet wird. (Nach der Realisationsvorlage nur 10 000 M.) Für das Jahr 1922-23 soll die öffentliche Brotversorgung nur denjenigen zugute kommen, die ein Einkommen haben, das die vorhin genannten Summen um das Vierfache übersteigt (nach der Vorlage nur das Dreifache).

Angenommen wurde eine Bekanntmachung über die Bewertung von Kleie aus dem öffentlich bewirtschafteten Getreide. Den Erzeugern, die zum Unionspreis abgefertigt haben, soll Kleie im Verhältnis von 1:10 des abgefertigten Getreides abgestellt werden, der Preis soll 60 Proz. d. Roggenpreises betragen. Mit 30 gegen 27 Stimmen wurde ein Antrag Sachsens angenommen, wonach die Kleie an die einzelnen Länder nach deren Anteil an der Umlage verteilt werden soll, also nicht nach dem Verhältnis des Viehlandes, wie es die Ausschüsse ursprünglich beschließen hatten. Die Bekanntmachung selbst wurde im ganzen mit 40 gegen 26 Stimmen angenommen.

Vom englischen Gewerkschaftskongress.

Die Reparationsdebatte.

Die vom englischen Gewerkschaftskongress in Southport angenommene Entschliessung über das Reparationsproblem ist bereits durch ein uns wiedergegebenes WTB-Telegramm aus London auszugsweise übermittelt worden. Nach den jetzt vorliegenden ausführlichen Berichten englischer Zeitungen enthält die Resolution u. a. noch ein ausdrückliches Bekenntnis zu den Beschlüssen der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam vom 30. März 1921 und der Sozialistischen Fünf-

Die friedlichen Patronenkästen. Auch Patronenkästen können friedlich sein! Und zu wem friedlichen, segensreichen Zwecken sie jetzt Verwendung finden, welchen Segen sie zu stiften in neuerer Zeit willens sind! Ueberhaupt wie ungeheuer groß ihre Verwendungsmöglichkeit ist! Bedauerlich fast — daß wir nicht mehr ihrer Art zur Verfügung haben.

Der Uebel größtes in unserer heutigen Zeit dürfte unstreitbar die Wohnungsnot sein, die jetzt schon Millionen junger Leute zwingt, in menschlich unwürdigen Verhältnissen zu leben. Dieser Not steuern, so unglücklich es klingt, die Patronenkästen, die, ihres kriegerischen Zweckes seit Jahren enteignet, nun den friedlichen Beruf ausüben werden. Im Süden von Berlin und an anderen Stellen der weiteren Umgebung der Reichshauptstadt errichtete man unglücklicherweise aus Patronenkästen, kleine, schmale Einfamilienhäuser, denen man es wirklich nicht ansieht, wem ehemals gefährliches Material zu ihrem Inhalt Verwendung gefunden hat. Zum Bau dieser unscheinlichen, den Anforderungen der Zeit entsprechend gebauten Häusern dienen leere Patronenkästen, die mit Lehm gefüllt wurden und so nach Art der Ziegelsteine, mit dem hölzernen Rahmenboden noch außen, verwendet werden. Die Patronenkästen sind etwa 30 Zentimeter im Quadrat und besitzen zwei innere Beisten, so daß sie drei Reihen Patronen nebeneinander zu lassen vermöchten. Die Beisten geben dem mit Lehm gefüllten Kasten recht guten Halt, und ein aus Patronenkästen erbautes Haus vermag Wind und Wetter ebenso gut Trotz zu bieten, wie jedes andere Haus. Es sieht zudem schmutzig aus und steht in nichts einem gewöhnlichen Hause nach.

Am Thalia-Theater findet in der Premierenbesetzung am Freitag die 10. Aufführung der Operette „Prinz Don Juan“ statt.

Eine Toller-Ohrring. Der Dichter Ernst Toller hat der Internationalen Arbeiterhilfe aus dem Geheimgeld Niedersächsisch 5000 Mark als Entgelt der Buchausgabe seines neuen Dramas „Die Maschinenstürmer“ überreicht. Das Auslands-Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe hat ihn dafür zu seinem Ehrenmitglied ernannt, eine Ehre, die außerdem nur Maxim Gorki zugebilligt worden ist.

Nach-Regen-Fest in Heidelberg. Vom 25. bis zum 29. Oktober veranstaltet die Stadt Heidelberg eine Nach-Regen-Fest, zu der hervorragende Solisten ihre Mitwirkung zugesagt haben. Es finden 6 Konzerte statt. Die künstlerische Oberleitung hat der Direktor des musikwissenschaftlichen Seminars Prof. Theodor Kroyer, die musikalische Leitung haben Paul Radl, Paul Kreis und Dr. H. W. Poppen. Das städtische Orchester (Spiel-, Scherker- und die Heidelberger Sinfonieorchester) helfen gemeinsam dem Festchor.

Die Entdeckung des Mittelzentrums im Gehirn. Eine Kautschuk-erzeugende Mitteilung machte der Biologe Prof. Wernicke an dem Neurologenkongress in Kopenhagen, indem er erklärte, daß es ihm gelungen sei, das Mittelzentrum im Gehirn zu lokalisieren. Er führte aus, daß er bei einem Krücker höchlich ein vollkommen verändertes Empfinden für alle muskulischen Töne feststellen konnte, und bei genauerer Untersuchung der Patienten fand er, daß ein ganz bestimmter Teil des Gehirns durch transiente Veränderungen in Mittelzentrum gezogen war. In diesem Teil des Gehirns will er nun das Mittelzentrum gefunden haben.

Drei große Kerze. Der gefeierte französische Magier Damoulin ließ bis zu seinem Ende ein dummervolles Mensch. Als er nämlich, umgeben von seinen transzendenten Kollegen, auf dem Totenbette lag, sprach er: „Keine Kerzen! Ich lasse nach meinem Tode drei große Kerze zurück.“ Jeder seiner Freunde glaubte natürlich, einer derselben zu sein, und man hat ihn dringend, sie zu nehmen. „Es sind dies“, antwortete er lächelnd, „das Wasser, die Bewegung und die Dür.“

Konferenz in Frankfurt a. M. vom Februar 1922. Nach der bereits erwähnten Forderung der Beendigung der militärischen Besetzung am Rhein verlangt die Entschliessung die Einsetzung eines unparteiischen Schiedsgerichtshofes des Völkerbundes zur Schlichtung aller Streitigkeiten in der Reparationsfrage. Ferner wird gefordert, daß Deutschland und Rußland als absolut gleichberechtigte und gleichpflichtige Mitglieder in den Völkerbund aufgenommen werden.

Der Schluß der Resolution, der im WTB-Telegramm ganz weggelassen wurde, lautet:

„Der Kongress richtet an das französische Volk den Appell, 1. die neue republikanische Demokratie in Deutschland durch eine Politik gegenseitigen Vertrauens zu unterstützen.“

2. die von der deutschen Regierung gemachten, von der französischen Arbeiterklasse angenommenen, aber vom französischen Kapitalismus abgelehnten Angebote, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen, erneut in Erwägung zu ziehen.

3. all diejenigen zu unterstützen, die die Sicherheit Frankreichs und die Sicherheit ihres eigenen Landes in einem neu gebildeten und allumfassenden Völkerbund erblicken, der eine Politik der fortschreitenden und allgemeinen Entwaffnung verfolgen müßte.

Der Kongress gibt seinem Zentralkomitee den Auftrag, sofort Schritte zu tun, um diese Entschliessung durch eine Abordnung dem Ministerpräsidenten zu überbringen.“

Die Resolution wurde, wie bereits gemeldet, von J. H. Thomas begründet, der die einzelnen Forderungen erörterte. Nach ihm sprach die bekannte Führerin der gewerkschaftlichen Frauenbewegung in England Margaret Bondfield, die soeben von einer Informationsreise in Deutschland zurückgekehrt war und mit besonderem Nachdruck auf Grund ihrer eigenen Beobachtungen im besetzten Gebiet die Zurücknahme der Besatzungsarmee verlangte. Sie wandte sich gegen die schwarzen Truppen am Rhein, deren Anwesenheit bei den Einwohnern das Gefühl einer fortgesetzten Erniedrigung hervorruft, aber auch gegen das hochmütige Verhalten der Amerikaner. Die Verhältnisse in der englischen Zone würden zwar als die verhältnismäßig erträglichsten betrachtet, aber auch in der Kölner Gegend hätte die Bevölkerung das Gefühl, einer fremden Militärbesatzung unterworfen zu sein. Die psychologischen Konsequenzen dieses Zustandes seien ernst. Das Volk werde durch eine gewaltige Propaganda bearbeitet, die darauf ausgehe, ihm die Ueberzeugung beizubringen, daß alle seine Leiden in Wirklichkeit darauf zurückzuführen seien, daß es eine republikanische Regierung besitze. Diese Propaganda sei sehr gefährlich und hinterlistig.

Sobann sprach der ebenfalls kürzlich aus Deutschland zurückgekehrte Abg. Tom Shaw, der die psychologische Lage des französischen Volkes als die größte Schwierigkeit bezeichnete. Seiner Ansicht nach befänden sich die Franzosen im vollständigen Verium. Die alte deutsche Militärmaschine sei endgültig zerfallen und das einzige, was sie zu neuem Leben erwecken lassen könnte, wäre eine Politik der Rache gegen das deutsche Volk. Glücklicherweise sei sogar in Frankreich ein Stimmungsumschwung im Gange. Erst kürzlich hätten in vierzehn der größten französischen Städte unter Beteiligung englischer Arbeiterführer große Volksversammlungen stattgefunden, in denen die Politik der englischen Labour Party lebhaftesten Widerhall gefunden hätte. Die britische Arbeiterpartei habe ein Recht, sich an die arbeitenden Massen Frankreichs zu wenden und ihnen zu sagen: „Die Politik eurer Regierung kann niemals zu einem Erfolg führen. Ihr habt sie nun schon mehrere Jahre erduldet und das Ergebnis war, daß fast jeder Großhändler, den ihr erhalt, durch die Besatzungsarmee verflochten wurde. Ihr treibt eine mit freundschaftlichen Gefühlen besetzte Republik — und das ist die deutsche Republik — zur Verzweiflung und erzeugt einen Haß, der euch eines Tages vernichten wird. Und ihr tut das, weil ihr bis heute noch nicht verstanden habt, daß die einzige Garantie dafür, daß ihr irgend welche Reparationen erhaltet, eben in dem republikanischen Deutschland liegt.“

Shaw fuhr fort, das deutsche Volk würde nicht, wie das russische Volk, ähnlich einem Kartenhaus, zusammenstürzen. Dazu sei es zu stark, zu gebildet und zu gut organisiert. Durch die gegenwärtige Reparationspolitik könnte es zwar in die Hände der Monarchisten oder der Kommunisten getrieben werden, aber weder in dem einen noch in dem anderen Falle würde es irgendwelche Wiederherstellung geben, sondern nur einen Zusammenbruch im Herzen Europas, der das gesamte wirtschaftliche System Europas zerstören würde.

Daraufhin wurde die Resolution einstimmig angenommen. Das große liberale Organ „Manchester Guardian“ widmet dieser Debatte auf dem Gewerkschaftskongress einen Leitartikel, in dem er die Reden von Thomas, Miss Bondfield und Tom Shaw als staatsmännische Leistungen lobt.

Kabinettsrat in London.

London, 7. September. (WTB.) Heute mittag hat in Downingstreet ein Kabinettsrat unter Vorsitz von Lloyd George stattgefunden, an dem alle Minister mit Ausnahme von Balfour und Fisher, die sich in Genf befinden, teilnahmen. Der Kabinettsrat beschäftigte sich mit der letzten Note Poincarés, auf die, wie die Blätter melden, wahrscheinlich eine Antwort erteilt werden wird, außerdem wurde die türkisch-griechische Frage erörtert. Es verläutet, daß vor einer Stabilisierung der Lage in Kleinasien nur eine geringe oder gar keine Intervention erfolgen kann, abgesehen vom Schutz der britischen Untertanen und der Verhinderung von Revolutionen. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß die Alliierten die Ereignisse abwarten müßten.

Opfer des roten Zarismus.

Von der Auslandsdelegation der Sozialrevolutionären Partei erhalten wir folgende Zuschrift: Das tragische Ende des Moskauer Prozesses hat angefangen. Timofejew, einer der ewigen Todeskandidaten und Führer der Sozialrevolutionären Partei, hat im Gefängnis seinen Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht.

Die zum Tode Verurteilten wollen nicht mehr als Todesgeißeln am Leben bleiben und dadurch die Aktionsfreiheit der Partei beschränken; sie haben in einer Atmosphäre systematischer Beschimpfungen den Hungerstreik erklärt und die Forderung gestellt: entweder das Todesurteil zu vollstrecken oder dasselbe zurückzuziehen.

Wenn die Arbeiter und Sozialisten der ganzen Welt im letzten Augenblick nicht intervenieren, so wird Timofejews freiwilliger Tod nicht der einzige bleiben. Ein solcher Entschluß des Proletariats ist dringend notwendig.

Die Timofejew in den Tod geht wurde.

Helsingfors, 6. September. (E.R.) Am Sonnabend, den 2. September, verbreitete sich am Abend unter den Moskauer Arbeitern das Gerücht, daß einer von den zwölf zum Tode verurteilten Sozialrevolutionären, das Mitglied des Zentralkomitees Timofejew,

im Substanti-Gefängnis Selbstmord begangen habe. Am folgenden Tage sprach man überall offen über den Selbstmord und erwartete, daß die Moskauer Behörden am Montag eine offizielle Mitteilung darüber veröffentlichen würden. Am Montag hatte der Vertreter des Politischen Roten Kreuzes eine Unterredung mit Jurjupa, der folgendes erklärte: „Mir ist über den Selbstmord Timofejews nichts bekannt, da ich vom Volkskommissariat des Justiz und vom Kommissariat des Innern keine offiziellen Nachrichten erhalten habe.“ Auf das Ersuchen des Mitteilers versprach Jurjupa Erkundigungen einzuziehen.

Die hartnäckigen Gerüchte über den Tod Timofejews sind durch folgende nachgeprüfte Tatsachen verstärkt worden: Während des Prozesses wie nach seinem Abschluß sind die Verurteilten von den unteren Beamten der Politischen Partei und der Gefängnisverwaltung fortgesetzt in roher Weise behandelt worden; auf Befehl des Verwaltungschefs Unschicht wurden die Verurteilten täglich körperlich visitiert, wobei sie von den Beamten in roher Weise verhöhnt wurden; hinzu kam nach der Verurteilung das Verbot der Besuche der Angehörigen, die Aufhebung der Lebensmittelpakete und der täglichen 20 Minuten langen Spaziergänge in der freien Luft, die regelmäßigen Zellen-durchsuchungen und Revisionen in jeder Nacht.

Am 25. August wandte sich Timofejew im Namen aller Verurteilten an den Gefängnisdirektor mit dem Ersuchen, einige Formalitäten des neuen Reglements von Unschicht zu mildern. Ohne Timofejew anzuhören, erwiderte dieser: „Bei der nächsten Lage gehst Du in den Karzer!“ Am 27. August hatte Timofejew einen Nervenanfall und der wachhabende Vizekommandant, der die Zelle Timofejews betrat, befahl den Wachmännern: „Wenn er weitere Dummheiten macht, so zieht ihm die Zwangsjacke an und schafft ihn in den Karzer!“

Am 28. August wurde Timofejew nach einer der erwähnten Zellen gebracht. Hier erhängte er sich am Ventilator.

Wirtschaft

Die Neuorganisation der Staatsbergwerke.

Ueber die Neuorganisation der preussischen Staatsbergwerke fanden Besprechungen statt, die nach einer Meinung des „Deutschen“ sowohl grundsätzliche Fragen als auch Spezialfragen, besonders hinsichtlich der Abfindung der Beamten und einer engeren Beteiligung der Arbeitnehmer an der Betriebsleitung umfaßten.

In den Besprechungen gaben die Arbeitnehmer ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Plan, sämtliche Staatsbergwerke, also Kohlen- und Erzbergwerke, Hütten, Salinen und Bernsteinwerke, ohne Rücksicht auf sachliche Verschiedenheit und ohne Berücksichtigung ihrer geographischen Lage in eine große Aktiengesellschaft zusammenzufassen, der nicht das Eigentum, sondern nur die Verwaltung und Ausbeutung der Staatsbergwerke übertragen werden soll. Sämtliche Aktien dieser neuen Gesellschaft sollen vom preussischen Staat übernommen werden.

Ueber die Verwendung des Ertrages lag folgende Arbeitnehmerforderung vor: Der über eine angemessene Vergütung hinausgehende Reingewinn soll zu einem Teil zur Bildung eines sozialen Fonds verwendet werden. Die Mittel dieses sozialen Fonds sollen in erster Linie dazu dienen, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitergesundheit zu ermöglichen. Außerdem sollen in besonderen Notfällen außerordentliche Zuwendungen an die Arbeiter und Angehörigen erfolgen. — Im Laufe des Monats wird der seit langem vorbereitete Gesetzentwurf voraussichtlich einem zu diesem Zweck eigens gebildeten Ausschuss des Preussischen Landtages überwiesen werden.

34fache Zölle. Für die Zeit vom 18. bis einschließl. 10. September 1922 beträgt das Goldzolanzugeld 33 900 Proz.

Deutscher Reichspapiergeld hat die erste Billion (1000 Milliarden) Kronen überschritten. Das Land hat beinahe rund 6 1/2 Millionen Einwohner.

Deutschlands Ausfuhr nach Japan. Die deutsche Ausfuhr konnte sich seit dem Kriege trotz der Valutaentwertung noch nicht erholen, sie beträgt immer nur noch einen kleinen Bruchteil der Vorkriegsausfuhr. Gebiets- und Rohstoffverluste und andere Gründe sind dafür verantwortlich. Um so auffällender ist die rapide Erhöhung der deutschen Ausfuhr nach Japan seit der Einführung der Handelsverträge. Sie betrug 1919 nur noch eine Viertelmillion Yen (1 Yen = 2 Goldmark), 1920 bereits 13 Millionen, 1921 48 Millionen Yen, 1922 schon in den ersten fünf Monaten 48 Millionen Yen und sie wird für das ganze Jahr voraussichtlich nicht weniger als 100 Millionen betragen. Metallwaren, Stahlrohrt, Maschinen und Chemikalien bilden die Hauptposten dieser Einfuhr.

Der amerikanische Dollarkapitalismus. Ein amerikanischer Statistiker errechnete, daß in den sieben Jahren von 1915 bis 1920 der amerikanische Dollarkapitalismus zur Ausdehnung der Delndustrie vier bis fünf Milliarden Dollar angelegt hat. Während derselben Periode sind den Geldgebern in Form von Dividenden eine Milliarde Dollar ausbezahlt worden. Das ganze in den amerikanischen Delngesellschaften angelegte Kapital beläuft sich auf mindestens 8 Milliarden Dollar. Da das Rationalvermögen der Vereinigten Staaten auf mehr als 200 Milliarden Dollar geschätzt wird, beträgt der Anteil des Dollarkapitals ungefähr 3 Prozent des Rationalvermögens. Es gibt in den Vereinigten Staaten 82 Delngesellschaften, darunter 14 große, welche 87 Prozent der ganzen Erzeugung herstellen. Letztere haben Durchschnittsprofite über 80 Prozent erzielt, während die kleineren Gesellschaften mit geringeren Gewinnen sich begnügen mußten, so manche Verluste erlitten haben.

Devisenkurse.

	7. September		6. September	
	Käufer (Reib.) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Reib.) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden	48988.75	49001.25	49438.10	49661.00
1 argentinischer Papier-Peso	454.42 1/2	455.57 1/2	454.42 1/2	455.57 1/2
100 belgische Franc	9588.	9612.	9888.25	9411.75
100 norwegische Kronen	20978.75	21098.25	21028.65	21078.35
100 dänische Kronen	27066.10	27188.90	27116.05	27188.90
100 schwedische Kronen	89057.50	84042.50	83558.	83842.
100 finnische Mark	2638.70	2648.80	2846.40	2838.60
1 japanischer Yen	614.20	615.80	599.25	600.75
100 indische Lire	5617.95	5632.05	5518.05	5531.95
1 Italien Sterling	5617.95	5632.05	5642.00	5637.10
1 Dollar	1296.37	1301.63	1248.43	1251.57
100 französische Franc	10162.25	10187.75	10087.40	10062.60
1 brasilianischer Milreis	170.78	171.22	165.79	166.21
100 Schweizer Franc	24569.25	24690.75	29970.	24030.
100 ungarische Scetak	19999.95	20000.05	10425.65	19474.35
100 österr. Kronen (abgest.)	1.68	1.72	1.78	1.77
100 tschechische Kronen	4344.05	4355.45	4544.80	4555.70
100 ungarische Kronen	55.93	56.07	51.93	52.07
100 bulgarische Lewa	739.05	740.95	749.05	750.95

100 Polen mark galten gestern etwa 17,75 M.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften und der Stinnes-Vertrag.

Der „Vorwärts“ hat als erstes Blatt den Vertrag Stinnes-Luberac in der Öffentlichkeit gekennzeichnet. Seine Leser wissen ganz genau, mit welcher Schärfe wir diesen Vertrag beurteilt haben. Wie wir, wie insbesondere die Gewerkschaften zu dem Vertrag stehen, darüber kann kein Mensch mit gesunden fünf Sinnen auch nur einen Augenblick im Zweifel sein.

Die „Rote Fahne“ tut nun so, als glaubte sie, die Gewerkschaften hätten bei dem Abschluß des Vertrags den „Vermittler“ gespielt. Mit diesem unsauberen Blatt zu polemisieren, wird uns niemand zumuten. Da es aber naive Gemüter geben kann, die auf das Geschrei der „Roten Fahne“ hereinsinken, wollen wir die Dinge in ihrer klaren Einfachheit hier feststellen.

Zunächst sei daran erinnert, daß der Vertrag von Versailles immer noch besteht. Dieser Vertrag gibt u. a. den Alliierten das Recht, von Deutschland die Wiedergutmachung der Schäden zu verlangen, die der Zivilbevölkerung durch den Krieg zugefügt worden sind. Und zwar haben die Alliierten nicht nur einseitig das Recht, die Höhe der Schadenersatzleistung festzusetzen, sondern auch deren Form allein zu bestimmen. Insbesondere steht es in ihrem Belieben, Geld- oder Sachleistungen zu fordern.

Wie die Gewerkschaften zu diesem Vertrag stehen, ist bekannt. Sie haben immer den Standpunkt vertreten, daß Deutschland innerhalb der Grenzen seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens ausführen soll.

unter Ausschaltung jedes kapitalistischen Profits.

als Wert der Wiederversehnung der einst feindlichen Länder. Die Kommunisten haben das immer abgelehnt. Es kümmert sie wenig, wenn durch die Verewigung der Ruinen der nationalisistische Haß vorwiegend wird. Sie sind in diesem Punkte stets zusammengegangen mit den deutschen und französischen Scharmachern und Imperialisten. Es kümmert sie auch wenig, was als Folge einer solchen Katastrophenspolitik eintreten würde: Befehung des Ruhrgebiets, Erdrosselung der deutschen Wirtschaft, Auspeitschung der nationalistischen Leiden-schaften haben und drüben.

Seit 1918 haben die deutschen Gewerkschaften zäh und unermüdlich für eine Wiedergutmachungspolitik gekämpft, die frei von Reparationsgewinnen ist. Auf deutscher Seite haben sie auch vermocht, ihre Forderungen in dieser Beziehung fast restlos durchzusetzen. Einen Augenblick schien es fast, als anerkenne auch die französische Regierung diesen Standpunkt. In den Verhandlungen, die insbesondere im Sommer und Herbst 1919 zwischen Deutschland und Frankreich geführt wurden und bei denen in den Fragen der Durchführung der Wiederaufbauarbeiten der Vertreter des Deutschen Arbeiterverbandes, Genosse Silberstein, die führende Rolle hatte, anerkannte der französische Wiederaufbauminister Loucheur, widerstrebend Schritt für Schritt nachgebend, die Berechtigung der Garantieleistungen der deutschen Gewerkschaften.

Aber leider — es muß dies hier einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden — wurde die Wucht und der Einfluß der Gewerkschaften auf deutscher Seite nicht unterstützt und ausgeglichen durch einen ebensolchen Druck der Gewerkschaften auf französischer Seite. Und so fiel unser Vorstoß ins Leere.

Schuld an diesem bedauerlichen Zustand, der die ganze Aktion der deutschen Gewerkschaften wirkungslos machte, war nicht allein die geringere Stohkraft der französischen Gewerkschaften und der Umstand, daß in einem siegreichen Lande zunächst die Reaktion oberhand ist. Schuld war und ist auch der Umstand, daß die französischen Gewerkschaften in ihrer Aktion durch die kommunistische Zellenbildung gelähmt worden sind. Die französischen Kommunisten erklärten, daß sie der Wiederaufbau wenig interessiere. Sie seien nicht dazu da, um darüber zu wachen, daß der Wiederaufbau schnell und ohne kapitalistische Profite durchgeführt werde. Das würde nur die Existenz der kapitalistischen Gesellschaft verlängern. Das sei nichts als Kleinbürgerlicher Reformismus. Wichtiger sei es, die Partei und die Gewerkschaften zu „revolutionieren“.

Sie haben auch die französischen Gewerkschaften und die Partei so gründlich „revolutioniert“, d. h. gespalten und reduziert, daß

die französische Arbeiterbewegung aktionsunfähig

wurde. Die Tardieu, Poincaré, de Wendel usw. konnten und können ungehindert ihre Politik machen. Daß diese Leute nichts von der Ausschaltung des kapitalistischen Profits, nichts von der Ausschöpfung der beiden Völker wissen wollen, liegt auf der Hand. Daß sie ge-

schaffen sind, sich mit Stinnes zu verständigen, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Jedenfalls haben die Kommunisten in Deutschland wie in Frankreich alles getan, um die Einheitsfront der Kapitalisten herzustellen.

Und nun stellt die „Rote Fahne“ die unsagbar dumme Behauptung auf, die deutschen Gewerkschaften hätten den „Vermittler“ zwischen Stinnes und Luberac gespielt! Stinnes weiß nur zu gut, daß die „Vermittlung“ der deutschen Gewerkschaften das Geschäft von vornherein zerstört hätte. Die französischen Regierenden, das ist so bekannt, daß man sich fast schämt, es nochmals auszusprechen, sind die verbissensten Gegner der Gewerkschaften. Aber ein Stinnes, das ist ihr Mann!

So kam das Geschäft zustande. Wenn man von Vermittlern reden kann, so fällt diese Rolle den deutschen und den französischen Kommunisten zu, die durch ihre Politik dieses kapitalistische Geschäft erst möglich machten.

Gescheiterte Verhandlungen im Zeitungsgewerbe.

Bei den gestrigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über das Septembergehalt der Angestellten im Zeitungsgewerbe erklärten die Arbeitgeber, daß sie für September wegen der unübersichtlichen wirtschaftlichen Lage jetzt nicht verhandeln könnten. Die Tarifkommission der Angestellten wollte jedoch einen Abbruch herbeiführen und erklärte sich bereit, für September ohne Sicherungsklausel zu verhandeln. Die Forderung von 110 Proz. wurde jedoch von den Arbeitgebern nach längerer Beratung abgelehnt, ohne daß ein Angebot von ihrer Seite gemacht wurde. Die Angelegenheit wird nun die nächste Instanz beschäftigen.

Interessant sind die Gründe, die von Seiten der Arbeitgeber angeführt werden. So erklärte Herr Schermals von der „Deutschen Tageszeitung“, daß die Angestellten selbst an der Teuerung schuld seien, da sie ja selbst hamstern. Dieser Herr hat aber seine Erklärung darüber abgegeben, wie die kaufmännischen Angestellten der bürgerlichen Presse mit den Hungerlöhnen es anstellen sollen, überflüssige Sachen zu kaufen, da sie noch nicht einmal imstande sind, sich mit ihrem Geld die notwendigsten Lebensmittel zu beschaffen. Als Beispiel sei hier angeführt, daß ein verheirateter Angestellter des Hauses Scherl nach der Augusterhöhung von 45 Proz. 33—45 M., ein lediger Angestellter 30—35 M. Stundenlohn erhält und daß davon noch sämtliche zehnjährige, wie Steuern, Krankenkasse und Reichsversicherung abgehen. Und mit dem Gehalt hamstert der Angestellte noch. . . Ist es gleich Un-sinn, so hat es doch Methode!

Verhandlungen für Reichs- und Staatsangestellte.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: In Auswirkung der Teuerungsverhandlungen wurde von den Organisationen der Angestellten am Mittwoch mit der Reichs- und der Preussischen Regierung das 17. Ergänzungsabkommen zum Teuertarifvertrag vereinbart, welches in dem Teuerungszuschlag zur Grundvergütung, zum Ortszuschlag und zu den Kinderzuschlägen mit Wirkung vom 1. September 1922 ab auf 437 Proz. festgesetzt wurde. Die übrigen Sätze bleiben wie bisher bestehen. Gleichzeitig wurde mit den Regierungen vereinbart, daß künftig folgende Abschlagszahlungen auf die monatlich nachträglich zahlbaren Gehälter gewährt werden: An jugendliche Angestellte vom vollendeten 17. Lebensjahre an je 1000 M. am 10. und 20. eines jeden Monats und an volljährige Angestellte je 2000 M. am 10. und 20. eines jeden Monats.

Der Achtstundentag beim Film.

Die interessante Frage, ob die Filmfabrikanten an die Verordnung der Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 gebunden sind, wurde gestern vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts II entschieden. Der Kaufmann Hugo Correl, der der Geschäftsführer der Albertini-Film G. m. b. H. ist, hatte im Juli 1921 in dem von der Gesellschaft gemieteten Filmstudio der Ausstellungshallen am Zoologischen Garten bei der Aufstellung von Filmdekorationen Bühnenarbeiter und Maler erhebliche Zeit über acht Stunden täglich arbeiten lassen. Bei einzelnen Arbeitern war zum Teil eine Arbeitsbereitschaft von 14 Stunden und eine Arbeitszeit von 18 Stunden herausgekommen. Von einem Gewerberat waren diese Arbeitsüberschreitungen festgestellt worden und man hatte gegen Correl Anzeige erhoben, die mit der Beurteilung zu 300 Mark Geldstrafe endete, was kaum als Strafe angesehen werden kann. Gegen das Urteil hatte Correl Berufung eingelegt, die gestern vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts II verhandelt wurde. Der von der Verteidigung geladene Sachverständige Dr. Friedmann, Syndikus der Vereinigten deutschen Filmfabrikation, schilderte die Schwierigkeiten mit Statisten und Schauspielern, mit deren Unpünktlichkeit und Laune zu rechnen sei usw. Das Arbeiten in zwei Schichten sei bei dem komplizierten Aufnahmebetrieb nicht möglich. Seitens der Gewerbeinspektionen seien auch wiederholt Ueberstunden genehmigt worden. Trotzdem kam die Ferienstrafkammer wieder zu einer Beurteilung des Angeklagten, da nach ihrer Ansicht und nach

dem Gegengutachten des Gewerberats Pasch sehr wohl in zwei Schichten hätte gearbeitet werden können. Das Gericht hob jedoch die erste Strafe auf und erkannte, da es sich hier um die Ausübung einer prinzipiellen Rechtsstreiffrage handele, auf die geringfügigste Strafe von 3 Mark.

Wir wollen annehmen, daß es nicht bei solchen „prinzipiellen“ Urteilen bleibt. Eine Geldstrafe von 3 Mark gleich 1 Pfennig der Goldmark kommt weit eher einer Freisprechung als einer Beurteilung gleich. Daß die fragliche Firma sehr wohl wußte, daß für sie der Achtstundentag ebenso gilt wie für andere gewerbliche Unternehmungen, geht ja zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß sie Anträge auf Genehmigung von Ueberstunden gestellt hat.

Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hat an die Arbeitgeber für den Monat September eine Lohnforderung von 110 Proz. auf die Augustlöhne eingereicht. Verhandlungen, die am 2. September stattfanden, führten zu keinem Ergebnis, da die Arbeitgeber die Forderung der Arbeitnehmer, für den Monat August noch eine Ausgleichszahlung zu gewähren, grundsätzlich ablehnten. Beide Parteien verhandelten sich, daß am Montag, den 4., unter Vorbehalt eines Unparteiischen vor dem Schlichtungsausschuß weiter verhandelt werden soll. Der Schiedspruch, der vom Schlichtungsausschuß gefällt wurde, steht eine Erhöhung auf die Augustlöhne von rund 75 Proz. vor, so daß für die Verheirateten mit Kindern der Wochenlohn ab 1. September 2500 M. beträgt.

Die Funktionäre haben der Lohnkommission und der Organisationsleitung bei diesem Abschluß größere Vollmachten erteilt, so daß Postmeier vom Deutschen Transportarbeiterverband noch Beratung mit der Lohnkommission die Erklärung abgab, daß die Arbeitnehmer den Schiedspruch annehmen. Inzwischen haben auch die Arbeitgeber ihre Zustimmung zur Annahme des Schiedspruchs gegeben und können die neuen Tarife im Verbandsbureau, Zimmer 31, v. II, Engelauer 24/25, in Empfang genommen werden. Genauerer Bericht erfolgt am Montag in der Mitgliederversammlung.

Schiedspruch in der Dresdener Metallindustrie. Da die Verhandlungen über die Lohnsätze in der ostfälischen Metallindustrie für die erste Hälfte des September ergebnislos blieben, wurde ein von den Parteien gewählter Schlichtungsausschuß mit der Regelung der Lohnfrage beauftragt. Er setzte die Standardlöhne für den mit dem „Verband der Metallindustriellen“ abgeschlossenen Tarif in der Kreishauptmannschaft Dresden auf 66,60 M., in der Kreishauptmannschaft Bautzen auf 66,20 M. fest. Für den „Arbeitgeberverband“ beträgt der Mindestlohn 38 M., die Teuerungszulage 22 M. Der Mindeststundenlohn für einen gelernten Arbeiter über 24 Jahre also 60 M.

Streik der polnischen Post- und Telegraphenbeamten. Infolge Nichtbewilligung ihrer wirtschaftlichen Forderungen sind sämtliche Post- und Telegraphenbeamte in Polen am Mittwoch in Streik getreten.

Deutscher Verleger-Verband, Beirat 15. Fachgruppe: Papier. Vereinsversammlung heute, Freitag, nachm. 5 Uhr im „Altehaus“, Ohmstr. 2. Bertrag.

Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin. Ratung den 13. September, abends 6 Uhr, Gruppenversammlung der Blumen- und Fieberbeim in den Berliner Bezirken- und Kongresshäusern, Kommandantenstr. 38/39.

Verband der Gemüde- und Obstbauarbeiter. Filiale Groß-Berlin, 2. Verwaltungsbezirk. Montag abends 7 Uhr bei Thiedemann, Waldenstr. 19. Bezirksversammlung, Tagesordnung: Bericht über den Magdeburger Streik.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Café-Kellner und Café-Köche Allgemeine Mitgliederversammlung Montag vorm. 10 Uhr im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12. Tagesordnung: Neuwahl der Beiratsmitglieder. Sirengas Einleitungsliste. Mitgliederbücher sind mitzubringen! — Generalversammlung Dienstag, 19. September, vorm. 10 Uhr „Niedrigkeits“, Landwehrer Str. 21. Tagesordnung: 1. Bestätigung der Beiratsmitglieder. 2. Neuwahl des Vorstandes.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Nummer 1. Blatt.

In Massenversammlungen, Theater, Kino usw. ist man ernstlichen Anfechtungen ausgesetzt und man sollte stets mit Panikpöckeln versehen sein. Diese lösen eine heftige Wirkung auf Konstruktoren aus, die durch Mund- und Nasenhöhle in den Körper eindringen. Panikpöckel sind von ersten Forschern wissenschaftlich empfohlen, angenehm von Geschmack und greifen den Magen nicht an. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.



Moderne Herren-Bekleidung
Anzüge, Paletots, Schläger, prima Stoffe
in Verarbeitung :: :: Billigste Preise
MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

ZWEI TRÄGER GUTEN RUFES

